



Vierteljährlicher Abonnementssatz, in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Sonderszettel für den Raum einer kleinen Seite 30 Pf., für Notizen aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Erstausgabe: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post- und Paket-Belehrungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 187. Morgen-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 15. März 1890.

Das Centrum.

Im konstituierenden Reichstag und im Reichstag des Norddeutschen Bundes hat es eine besondere clerical Fraction nicht gegeben. Windthorst, Reichenberger, Mallinckrodt gehörten der „bundesstaatlich-constitutionellen“ Fraction an, die eine kirchliche Färbung nicht hatte; sie wurden von ihren Gegnern als „Particularisten“ bezeichnet. Der Name „Centrum“, den sich die Clericalen im Preußischen Landtag schon längst beigelegt hatten, fiel in das Freie und wurde von einer kleinen Gruppe von Altliberalen aufgenommen. Als mit der Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich die Bayern in den Reichstag eintraten, bildete sich die Centrumspartei, wie sie heute noch besteht, und umfasste im Jahre 1871 58 Mitglieder. Bei den Wahlen von 1874 stieg sie unter dem frischen Eindruck des Cultukampfes auf 91 Mitglieder und hat seitdem langsam aber im Ganzen stetig bis auf 108 zugenommen. Ihr Aufschwung ging in einer doppelten Weise vor sich. Entweder traten Abgeordnete katholischer Concession, die lange Jahre hindurch einer liberalen Fraction angehört hatten, aus Anlaß der kirchenpolitischen Kämpfe zum Centrum über. Oder Wahlkreise mit überwiegend katholischer Bevölkerung, die bis dahin auf die kirchliche Seite bei den Wahlen kein Gewicht gelegt hatten, ließen ihren der evangelischen Concession angehörigen Kandidaten fallen und wählten einen Centrumsmann. Mit wenigen Ausnahmen sind jetzt alle Wahlkreise, in denen die katholische Bevölkerung überwiegt, durch das Centrum vertreten; dem weiteren Anwachsen der Partei ist daher eine natürliche Grenze gezogen.

Dass das Centrum keine homogene Partei bildet, liegt offen zu Tage, und es selbst hat niemals ein Geheimniß daraus gemacht. Mit Ausnahme der kirchenpolitischen Fragen hat es ein gemeinsames Band nicht. Es gibt in demselben Aristokraten, Altliberalen, Liberale, Demokraten. Trotzdem ist es wenigstens zehn Jahre lang in Diskussionen und bei Abstimmungen stets als eine geschlossene Masse aufgetreten Dank der Disciplin, die es übt, und Dank dem diplomatischen Geschick des Herrn Windthorst. Dieser eisernen Disciplin verdankte es seine Erfolge, und verdankte es namentlich, daß die Regierung sich nach zehnjährigem Kampfe zum Einlenken auf kirchenpolitischem Gebiete entschloß, um die Stimmen des Centrums für ihre Pläne gewinnen zu können. In den letzten Jahren sind bei wichtigen Veranlassungen Spaltungen innerhalb der Partei vorgekommen.

Seit dem Ausfall der letzten Wahlen hat sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wiederholt über das Centrum in einer Weise geäußert, die sehr beachtet zu werden verdient. Nur wenige Tage nach der Entscheidung bemerkte sie, daß diesen beiden Parteien am wenigsten verbreit aus dem Cultukampfe hervorgegangen sind, die sich am entschiedensten auf den durch die Regierung geschaffenen wirtschaftspolitischen Boden gestellt haben, das heißt, die für agrarische und Schutzzölle gestimmt haben. Das sind die Hochconservativen und das Centrum.

Einige Zeit später bemerkte sie, daß diese beiden Parteien dieselben sind, welche am entschiedensten die „Autorität“ hochhalten. Allerdings seien die Autoritäten, zu denen sie sich bekennen, verschieden, da sich die Conservativen von der Autorität des Standes und des Königthums, die Clericalen von derjenigen der Kirche und des Papstthums leiten lassen. Indessen sei es doch schon als ein gemeinsames Band zu betrachten, daß beide die Autorität verehren.

Nachdem so zu zwei verschiedenen Malen auf diejenigen Züge hingewiesen war, welche dem Centrum und den Hochconservativen gemeinsam sind, folgte ganz kürzlich ein dritter Artikel, in welchem auf die fröhlische Thatssache hingewiesen wurde, daß die Hochconservativen und das Centrum zusammen eine Majorität bilden. Allerdings wenn man die Fraktionstärke der beiden Parteien zusammenzählt, so stimmt das nicht. Indessen wenn man die Welsen, Polen und Elsässer hinzählt, auf welche das Centrum in den meisten Fällen rechnen kann, so kommt eine kleine Majorität zu Stande.

Man sieht, wie schnell die Nationalliberalen fallen gelassen worden sind. Sie haben die wirtschaftliche Politik des Reichskanzlers nicht unterstützt, sondern sind zum Theil laue Freunde, zum Theil offene Gegner der Getreidezölle. Sie halten die Autorität nicht hoch, oder wenigstens nicht so hoch als sie sollten, denn sie haben mit eisernem Rückgrat gegen die Ausweisungsbefreiung gestimmt. Und als sie sich dazu ermannten, einen missbilligenden Rückblick auf die Regierungspolitik der letzten Jahre zu werfen, wurde ihnen der Rath gegeben, lieber still zu schweigen, denn man könnte von ihnen allerlei Geschichten erzählen, die hinter den Couliissen passiert seien. So ging man mit den Nationalliberalen um; von den Freiconservativen war weiter nicht die Rede. „Gott im Himmel fragt Nichts nach Euch Würmern, geschiehe der Regent,“ sagt Bansen im Egmont.

Wir gehen nicht so weit, anzunehmen, daß in diesen Artikeln schon ein unumstößliches Regierungsprogramm angekündigt wird, daß es die feste Absicht sei, die Stütze der Regierungspolitik bei den Hochconservativen und dem Centrum zu suchen. Aber ohne Zweifel ist es ein Programm, dessen weitere Erwähnung empfohlen wird. Vielleicht handelt es sich dabei um eine erste Verwarnung. Wenn die Regierung die Stütze nicht da finde, wo sie dieselbe suche, werde sie das Centrum in Anspruch nehmen müssen.

Jedenfalls thun wir gut, die Möglichkeit im Auge zu behalten, daß der Versuch, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ angedeutet hat, nächstens gemacht wird. Bei den Hochconservativen findet sich gewiß keine Abneigung, mit dem Centrum Arm in Arm zu gehen. Man verständigt sich mit demselben leichter als mit den Nationalliberalen, denen man jetzt zurrück: „Was kannst du armer Teufel geben?“ Die Cartellbrüderhaft mit den Nationalliberalen war willkommen, so lange dieselben dazu beitragen, den Conservativen eine Majorität zu verschaffen; ihnen irgend ein Gegenzugeständnis zu machen hat niemals in der ernsthaften Absicht der conservativen Partei gelegen. Zu dem Centrum zieht sie aber der Zug des Herzens hin.

Recht interessant ist es, daß in einem der Regierung nahestehenden Blatte jetzt schon auf Polen, Elsässer und Welsen als Elemente einer zukünftigen Regierungsmajorität hingewiesen wird. Bisher haben wir diese Gruppen immer nur unter der Kategorie der Reichsfeinde aufführen hören. Den Freisinnigen wurde es stets als ein schweres Verbrechen angesehen, wenn sie sich bei Abstimmungen in der ungesuchten Gemeinschaft dieser Elemente befanden. Aber um eine Regierungsmajorität bilden zu helfen, dazu sind sie gut genug.

Welche Gegenleistungen man dem Centrum zu machen haben wird, um sie als Regierungspartei zu gewinnen, wäre Gegenstand einer besonderen Erörterung. Dass dieselben sich mit einem oder zwei Ober-Präsidentenposten abfinden lassen, ist ein unbegründetes Zutrauen. Man wird schon tiefer in die Tasche greifen und ihnen die Schule ausliefern müssen. Lage uns nur an unserem Parteiinteresse, so könnten wir uns wahrlich nichts Besseres wünschen, als daß solche Versuche angestellt werden. Sie würden den Umschwung in der Stimmung der Wählerschaft vollenden. Aber wir glauben, daß man es sich doch recht reislich überlegen wird, bevor man zu solchen Mitteln greift.

Deutschland.

Berlin, 14. März. [Tages-Chronik.] Die Werbungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ um die Gunst des Centrums haben eine gereiste Polemik zwischen dem genannten Blatte und der „Köln. Ztg.“ zur Folge gehabt. Letztere sprach von „einem würdelosen Hindrängen“ nach der Seite des Centrums und von „offiziösen Kundgebungen, welche die erforderliche Selbstachtung vermissen lassen“. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erwiderte: „Wenn die „Köln. Ztg.“ der Meinung ist, die Erscheinungen der Zeit nach der Methode des Vogel Strauß zu behandeln, so mag sie das nach Gutdanken halten; das Phrasendrehsel sollte sie aber billig Zeitungen von geringerer Bedeutung überlassen“. Die „Köln. Ztg.“ entgegnet hierauf, indem sie auseinanderzeigt, „dass der Politiker, der Deutschland mit einer clerical-conservativen Staatskunst beglücken möchte, eine schwere Verantwortung auf sich nimmt und voraussichtlich Unheil und Vermirrung über unser Vaterland bringen würde“. Sie versichert, sie würde es für ihre Pflicht halten, „einem solchen verhängnisvollen und verderblichen Beginnen, welches die gesamte deutsche Bildung in die Opposition drängen und uns nötigen würde, selbst die Bundesgenossen sich eines Eugen Richter zu ertragen, einen unabgängigen Widerspruch entgegenzusetzen“.

Und in dem neuesten Leitartikel der „Köln. Ztg.“ ist wörtlich zu lesen: „Wir können uns nicht der Erkenntnis verschließen, daß die unwürdige Haltung der „Nordd. Allg. Ztg.“ verwirrend und zerstörend auf unser öffentliches Leben einwirken und die ohnehin um sich greifende Empfindung der Ziel- und Richtungslosigkeit der ministeriellen Staatsleitung verstärken muss.“ Und weiter schreibt das rheinische Blatt: „Es ist in den letzten Wochen von einer gewissen Presse genug geschehen, um den Glauben an die Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Zielbewußtheit der Führung zu erschüttern. Offiziöse Betrachtungen, welche das patriotische Gefühl verlegen und die Regierung verächtlich machen, sind nur zu geeignet, den Wirrwarr und die Beunruhigung zu steigern und ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Cartellparteien untereinander und mit der Regierung zu erschweren. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diesem Preßtreiben, welches nur nach allen Richtungen erbitternd und schädigend wirken kann, ein Ende bereitet wird.“

Diese Entrüstung der „Köln. Ztg.“ über das offiziöse Preßtreiben ist sehr neuen Datums. Noch vor Kurzem fanden die Ausläufungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ und ihrer Genossen den vollen Beifall der „Köln. Ztg.“

In vielen Tausenden von Abdrücken ist in der verflossenen Wahlzeit von freisinniger Seite ein illustriertes Flugblatt verbreitet worden, welches die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse durch die Zollgesetzgebung veranschaulicht. In Gnesen hat um dieses Flugblatts willen eine Haussuchung stattgefunden, daselbe ist dort auch beschlagnahmt worden und es hat sich eine Untersuchung auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuches angeschlossen.

[Die nationalliberale Wahlniederlage] war das Thema, das in einer Versammlung des nationalliberalen Vereins Moabit am Mittwoch behandelt wurde. Der Referent, Professor Dr. Leidig, äußerte: „Die Niederlage der Nationalliberalen hat zum Theil eine solche Missstimmung hervorgerufen, daß einzelne Präzorgane die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts verlangt haben. Wenn ich auch dies Wahlsystem nicht für das beste halte, so darf die nationalliberale Partei niemals ihre Hand dazu biegen, daß sie zu beitreten. Ich erachte es für erforderlich, daß die Centralleitung der nationalliberalen Partei offen erklärt: Leute, die eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts verlangen, haben ihre Begründung zur nationalliberalen Partei verwirkt. Die nationalliberale Partei darf niemals außer Acht lassen, daß sie eine nationale, aber auch eine liberale Partei ist. Ich bin nun der Meinung, daß die nationalliberale Partei das Cartell löse und wieder als selbstständige Partei auftrete und daß ein den Verhältnissen entsprechendes Programm aufgestellt werde. Das augenblickliche Programm ist das bekannte Heidelberg, das im Jahre 1884, nicht unter der Zustimmung der Gesamtpartei, zu Stande gekommen ist. Es würde sich deshalb empfehlen, einen nationalliberalen Parteitag nach Berlin zu berufen, auf dem unter Aufsicht des Cartells, ein bestimmtes Programm aufzustellen wäre.“

Abg. Dr. Sattler ist der Meinung, daß der Parteitag erst berufen werden solle, wenn die Dinge sich etwas gefläut haben würden. Es sei bedauerlich, daß die Arbeiterschutzgesetze nicht schon dem vorigen Reichstage vorgelegen haben; die Wahlen hätten alsdann eine etwas andere Gestaltung erhalten. Schuld hieran habe der Reichskanzler, der bis der Arbeiterschutzgesetzen großen Widerstand entgegengesetzt.

Reinier Trense: Er habe die Befürchtung gemacht, daß die nationalliberale Partei durch ihr Zusammengehen mit den Conservativen in der Provinz, ja selbst auf dem platten Lande sich vielfach geschadet habe. Angefangen der fortgeschrittenen Verhältnisse dürfte eine direkte Verbindung mit den Conservativen den Nationalliberalen nur zum Schaden gereichen. (Beifall.) — Nach langer Debatte wurde beschlossen: 1) bei dem Vorstande des großen Berliner nationalliberalen Vereins in geeigneter Weise für eine bessere Organisation der Partei zu wirken und es zu veranlassen, daß in allen Stadttheilen nationalliberale Bezirksvereine gebildet und ferner eine Gesamtvertretung der nationalliberalen Partei in Berlin geschaffen werde; 2) bei der parlamentarischen Centralleitung die Einberufung eines ganz Deutschland umfassenden nationalliberalen Parteitages zu beantragen.“

[Einweihung.] Aus Spandau berichtet der „A. f. H.“: Wie nunmehr feststeht, wird die Einweihung der evangelischen Garnison-Kirche Sonntag, den 16. März, Vormittags 11 Uhr, im Beisein des Kaiserlichen Hofes erfolgen. Mit dem Kaiser und der Kaiserin werden erscheinen sämtliche Mitglieder des Königlichen Hauses, die in Berlin anwesenden Fürsten und Prinzen aus anderen regierenden Häusern, das Kaiserliche Hauptquartier, sowie andere hochgestellte Personen. Nach der kirchlichen Feier wird ein Paradeschritt der gesammten Garnison in nächster Nähe der neuen Kirche vor sich gehen. Sodann werden die Herrschaften das Joachim-Denkmal in Augenschein nehmen, woran sich möglicherweise ein Besuch der Nikolai-Kirche schließen wird. Danach begiebt sich der Kaiser in das Casino des Elisabeth-Regiments.

[Für die Kundgebung zu Gunsten des achtstündigen Arbeiterstages] am 1. Mai d. J. ist jetzt zwischen den Gemäßigten und den Radikalen, die sich bisher über die Art der Feier nicht einigen konnten, ein Vermittelungsvorschlag gemacht worden, der nach der „Nat. Ztg.“ Aussicht auf Annahme haben soll. Danach soll bis in die ersten Stunden des Nachmittags gearbeitet, dann sollen in den größten Localen Feierlichkeiten veranstaltet werden, die sich aber im Wesentlichen auf ein Concert zu beschränken haben; ein Redner soll die Bedeutung der Kundgebung und der Achtstundenbewegung darlegen. Dieser „Vermittelungsvorschlag“ soll auch deshalb gemacht sein, um den zahlreichen weiblichen Arbeitern, von denen man nicht glaubt, daß sie so organisiert und diszipliniert sind, um eine vollständige Feier des 1. Mai durchzuführen, Gelegenheit zu geben, sich des Arbeitertreffens zu erfreuen.

[Gegen das Bernstein-Monopol.] das sich zur Zeit tatsächlich in den Händen der Firma Stanton und Becker zu Königsberg befindet, sind neuerdings aus Danzig, Königsberg und Stolp Petitionen beim Abgeordnetenhaus eingegangen. Herr D. Alter in Danzig beantragt in einer solchen, die Monopolisierung der Kohlesteinförderung entgegenzutreten; die Handelsfirma Weiphal in Stolp, sowie der Kaufmann Liedke zu Königsberg und der Magistrat zu Stolp stellen Anträge, die jetzt bestehende Verhältnisse bezüglich der Bernsteinförderung in näher angegebener Weise zu reformieren.

[Evangelische Arbeitervereine.] Lic. Weber in Gladbach hatte an den Handelsminister die Bitte gerichtet, es möge ein Vertreter der evangelischen Arbeitervereine den Verhandlungen des Staatsrates zugezogen werden. Dem Genannten ist nun folgendes Schreiben des Ministers zugegangen: „Euer Hochwürden sage ich für die mit Ihrem geselligen Schreiben vom 24. v. M. gemachten Mitteilungen meinen ergebenen Dank. Ihrem Wunsche, einen Vertreter der evangelischen Arbeitervereine als Sachverständigen zur Bernebung im Staatsrat vorzuschlagen, konnte ich zu meinem Bedauern schon der Kürze der Zeit halber nicht entsprechen, da die Verhandlungen des Staatsrates über Arbeiterschutz und die Arbeiterversetzung bereits am 26. vorigen Monats begonnen und am 28. vorigen Monats ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben. Eine kräftige Entwicklung der evangelischen Arbeitervereine begrüße ich mit Freuden; auch zweifle ich nicht, daß die Vorstände und Bürgermeister der vorwiegend evangelischen Kreise solche Vereine nach Möglichkeit fördern werden. Die von Ihnen angeregte amtliche Aufforderung der Landräthe zur Unterstützung der Begründung evangelischer Arbeitervereine würde nicht in mein Ressort fallen. Der Minister für Handel und Gewerbe. Frhr. von Reipisch.“

[Als ein Opfer des Schweinekrachs.] der in Folge des Schweine-Einführverbotes über das biesige Fleischergewerbe hereingebrochen ist, präsentierte sich am Donnerstag der Engroschlächer Wilhelm Bey er aus Friedrichsberg vor der zweiten Strafkammer am Berliner Landgericht II. Das Schweine-Einführverbot trieb seinerzeit die Fleischpreise ganz bedeutend in die Höhe. Die nächste Folge war, daß zahlreiche Kleingeschäfte, die ohne größeres Betriebscapital, gewissermaßen nur von der Hand in den Mund arbeiteten, bancrott wurden. Dadurch wurden wieder diverse Großhändler betroffen, die wegen der erlittenen Verluste nicht im Stande waren, den oder die Bieckommisionäre zu befriedigen. Zu diesen gehörte auch der Angeklagte, dem zur Last gelegt wurde, durch unterlassene Führung kaufmännischer Bücher und Nicht-Ziehung der erforderlichen Blanz einfaches Bankrott gemacht und außerdem einen Betrag begangen zu haben, indem er an demselben Tage, an welchem sich seine Zahlungsunfähigkeit herausstellte, noch eine Zahlung auf Credit laufte und zwar unter Verschwiegenheit seiner Zahlungsfähigkeit. Der Angeklagte wußte sich zu rechtfertigen, so daß der Staatsanwalt die Anklage auf Betrug fallen ließ. Der Gerichtshof ging noch weiter. Derselbe erkannte, daß nicht allein sein einziges Moment vorliege, welches für den Betrug spreche, sondern daß auch von einem einfachen Bankrott nicht die Rede sein könne, da der Angeklagte nicht als Volksgeschäft anzusehen sei, denn derselbe habe sein Geschäft nur handwerksmäßig betrieben. „Und so schloß der Vorsitzende die Publikation des Urteils — so geben Sie denn vollständig rein von der Gerichtsstelle wieder nach Hause!“

[Berlin, 14. März. [Berliner Neuigkeiten.] Über einen Besuch, welchen der Kaiser am Mittwoch dem Grafen v. Schlippe, gen. Görz, machte, wird gemeldet: Der Kaiser kam in einem geschlossenen Wagen ohne jede Begleitung Abends 5 Uhr ins Monopol-Hotel. Graf Schlippe zählt zu den intimsten Jugendfreunden des Kaisers. Der Umstand, daß auch Graf Schlippe in der Person des Dr. Hinze einen und denselben Gouverneur mit dem Kaiser hatte, bestätigte das Freundschaftsbündnis noch mehr. Graf Schlippe ist Director der Kunstmässer in Weimar. Am Eingange des Monopol-Hotels wurde der Monarch bei seinem Erscheinen von den beiden Besitzern des Hotels, Herren Rosmant und Schaurte, ehrfürchtig begrüßt, bei welcher Gelegenheit das 1½ Jahre alte Söhnchen Hans des Herrn Schaurte einen kostbaren Rosenstrauß dem Kaiser überreichte, den dieser auch huldvollst annahm; er hob sogar den kleinen Hans auf seine Arme. Während der Unterhaltung mit dem Grafen Schlippe fiel dem Kaiser ein, daß Graf Schlippe ein vortrefflicher Sänger sei, der oft zu wohlthätigen Zwecken gelungen habe, und auf seinen Wunsch trug dann Graf Schlippe mit mächtiger Stimme eine Arie vor. Erst um 6½ Uhr verließ der Kaiser das Monopol-Hotel.

Der bei dem Amtsgericht I seit langen Jahren amtierende Gerichtsvollzieher H. Pohl ist, wie der „Local-Anz.“ berichtet, am Montag Abend verhaftet und am Dienstag nach dem Untersuchungsfestgenug zu Moabit überführt worden. Pohl, der eine sehr gute Praxis hatte und nach Ausweis seiner Bücher noch vor zwei Jahren ein Einkommen von 11 000 M. jährlich hatte, wurde im vorigen Jahre wiederholt wegen Vergehen im Amt angeklagt, aber jedesmal heisstes außer Verfolgung gelassen, teils von der gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen. Seine Behörde ordnete nichtsdestoweniger eine Disziplinar-Untersuchung gegen ihn an, in Folge dessen er am Sonnabend voriger Woche seiner dienstlichen Obliegenheiten entzogen wurde. Bei der Übergabe der von ihm bis dahin bearbeiteten Vollstrecksachen stellte sich das Fehlen von vielen kleinen Geldbeträgen und Pfandschulden heraus, so daß Pohl wegen Amtsverbrechen auf Antrag seiner Behörde in Untersuchungshaft genommen werden mußte. Es gewinnt den Anschein, daß der Verhaftete zeitweilig unter einer Störung seiner geistigen Functionen gelitten haben muß, denn er hat Gegenstände, die er gespendet, noch an demselben Tage an ihm ganz unbekannt versteckt.

Österreich-Ungarn.

[Der neue ungarische Ministerpräsident Graf Szapary] entstammt einem alten ungarischen Adelsgeschlecht. Er ist am 1. November 1832 als ältester Sohn des seiner Zeit dem General-Gouvernement in Ungarn in außerordentlicher Dienstleistung zugewiesenen k. k. Hofrathes Grafen Józseph Szapary geboren, steht daher gegenwärtig im 58. Lebensjahr. Gleich seinem Vater stand auch Graf Julius Szapary eine Reihe von Jahren als Beamter im Staatsdienste; in den sechziger Jahren war er Ministerialrat im Ministerium des Innern und im August 1870 Staatssekretär im Communicationsministerium, welcher Stellung er aber schon im Mai 1871 entzog. Graf Szapary, der bereits im Jahre 1861 als Vertreter des Szolnoker Bezirk in das parlamentarische Leben eingetreten war, wurde am 5. März 1873 nach dem Rücktritte Roth's Minister des Innern. Bei der Umbildung des Ministeriums Eisza übernahm Szapary im December 1878 das Finanzportefeuille, das er bis zum Februar 1887 inne hatte. Bei den vorjährigen Veränderungen im Cabinet Eisza trat er an Stelle des Grafen Sechenyi als Ackerbauminister in das Ministerium ein, welche Stellung er seither bekleidete. Graf Szapary

Ist Ritter des Ordens vom goldenen Blatt, f. f. Kämmerer und Geheimrat und erbliches Mitglied des ungarischen Magnatenhauses. Er ist seit 30. Mai 1864 mit Karoline Gräfin Festetics verheirathet, welcher Ehe drei Söhne und zwei Töchter entstammen. Eine Schwester des neuen ungarischen Ministerpräsidenten, die am 21. März 1873 verstorbene Gräfin Sarolta, war mit dem Prinzen Alexander Auersperg († 2. März 1866), jüngeren Bruder des Fürsten Carlos Auersperg und Vater des in Prag im Jahre 1876 im Duell gefallenen Prinzen Wilhelm Auersperg, verheirathet.

Budapest, 13. März. [Sturmseenen im ungarischen Abgeordnetenhaus.] Die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses in der Aero Tisza nahm, trotz des hohen Ernstes der Vorgänge, die sich in derselben abgespielt haben, einen turbulenten Verlauf. Die Zugänge zum Abgeordnetenhaus waren schon einige Stunden vorher zumeist von jungen Leuten belagert. Auch die Abgeordneten kamen frühzeitig und in großer Zahl. Auf der Galerie war jeder Platz zumeist von Damen besetzt; auf der Freigalerie stand die Menge Kopf an Kopf. Gegen 1/2 Uhr war die Sitzung des Magnatenhauses zu Ende. Viele Mitglieder desselben kamen herüber und besetzten die für sie reservierte Loge. In den Couloirs herrschte ein ungemein bewegtes Leben. Man sprach laut und eingehend die Ereignisse der letzten Tage und die Chancen der Zukunft. In den Circeln der oppositionellen Abgeordneten wurde namentlich sehr heftig das ganz unverblümt Gericht discutirt, daß der Abgeordnete Stephan Tisza, Sohn des Ministerpräsidenten, zum Staatssekretär des Innern aussehen sei.

Um 1/2 Uhr erschien der Präsident Pechy mit den Schriftführern auf seiner Tribüne. Die Abgeordneten stürmten aus den Couloirs herein, bescherten ihr Platz und es herrschte alsbald eine Atmosphäre der Aufregung im Saale, wie sonst nur vor entscheidungsschweren Abstimmungen. Die meisten Minister waren bereits anwesend; als einer der spätesten kam Graf Teleki. Als man seiner auf den Bänken der Linken ansichtig wurde, bereitete ihm die Opposition eine laute Ovation, indem sie ihm minutenlang "Eisen Teleki!" zurieth. Auf der Rechten beobachtete man diese Demonstration für den einzigen ausscheidenden Kabinettsminister mit Gleichmuth und Graf Teleki ließ sich mit hochgerührtem Antlitz auf seinem Fauteuil nieder. Zuletzt erschien Graf Julius Szapary, der sich erst auf die Bank hinter Tisza setzte, mit diesem eine Weile convergierte und dann seinen Platz aufsuchte. Inzwischen hatte Präsident Pechy die Formalitäten beendet. Es herrschte tiefe Stille, als Ministerpräsident Tisza, auf den alle Augen gerichtet waren, sich erhob und ohne geringste Zeichen der Erregung mit lauter Stimme folgendes sagte: "Gescttes Haus! Ich bebere mich mitzuteilen, daß ich am heutigen Tage die Demission des Cabinets Sr. Majestät überreichte und um deren Annahme ersuchte. (Polonyi rief: "Es lebe der König!")

Hierauf stürmische Rufe links: "Es lebe der König!" Als natürliche Folge dessen muß ich das geehrte Haus bitten, seine Sitzungen für die, wie ich glaube, kurze Zeit zu suspendiren, bis das neue Cabinet ernannt sein wird. Indem ich darum bitte, wünsche ich gleichzeitig mitzuteilen, was die Ursache der Demission gewesen. Zwischen meinen geehrten Ministerkollegen und mir gab es weder hinsichtlich der allgemeinen Regierungsgrundlage noch auch in Bezug auf die von den einzelnen Ministern in Aussicht gestellten Reformen nicht nur keine Consilie, sondern nicht einmal eine Abweichung der Ansichten. Eine Divergenz der Auffassung ergab sich einzig und allein mit Bezug auf das die Revision des Heimathsgesetzes zu beobachtende Vor gehen. Ich war nämlich der Ansicht, daß mit Rücksicht darauf, was ich am 27. November gegenüber dem Beslußantrage des Herrn Abgeordneten Perezel gesagt und worüber ich später noch bestimmtere Erklärungen gegeben, es meinerseits absolut notwendig sei, daß bei Revision des Heimathsgesetzes Dasjenige in dasselbe aufgenommen werde, was ich nach meiner anderen Erklärung vom 22. November aus dem Geiste des bestehenden Geistes folgend, ohnedies für geltend erachtet. Obgleich mancherlei, was seit meiner letzten Erklärung vorgefallen (es ist dies eine Anspielung auf den letzten Brief Kosuths), mit gutem Grunde dafür ist, in diesem Treffen geführt werden könnte, daß ich meines Versprechens entbunden werde, hielt ich es dennoch nicht für richtig, an diesem Platze zu verbleiben, ohne Dasjenige nicht eingehalten zu haben — nicht etwa, was man später in meine Erklärungen hinein interpretiert hat, sondern was tatsächlich in denselben enthalten gewesen. Meine geehrten Kollegen befanden sich in anderer Lage. Mit Ausnahme meiner Erklärung vom 27. November sind meine übrigen Erklärungen im Laufe der Debatte, daher ohne die Möglichkeit vorhergehender Vereinbarung, abgegeben worden. Sie wurden daher durch dieselben nicht verpflichtet. Demgemäß konnten sie mit vollem Rechte fordern und daran festhalten, daß mit Rücksicht darauf, was seit 11. Dezember geschehen,

dem Heimathsgesetz gegenüber das dem Wesen nach richtige Vorgehen beobachtet werde. Ich konnte es nicht für meine Aufgabe erachten, sie hierzu abringen zu wollen oder sie in ihrer Auffassung auch nur im Geringsten zu behindern. Aber anderseits sagte mir meine Empfindung, daß ich mich nicht nur wegen meiner Person, sondern wegen meiner Stellung dem nicht aussehen könne, daß man sage, ich habe Hinterthürren gelüftet, um dem Verprechen zu entschlüpfen, das ich tatsächlich gegeben. (Stürmische Zustimmung rechts. Bewegung und Unruhe auf der äußersten Linken.) Mein Selbstgefühl forderte daher, daß ich die Consequenz meiner Erklärung für meine Person ziehe, und ich gab meine Demission, was nach den Grundsätzen des Parlamentarismus natürlich auch die Abdankung des Cabinets zur Folge hatte. Nach dem Gesagten, worin der einzige Grund der eingetretenen Veränderung enthalten ist, bleibt nichts Anderes übrig, als das geehrte Haus wiederholz zu bitten, es möge bis zur Ernennung des neuen Cabinets, welche binnen sehr kurzer Zeit erfolgen wird, seine Sitzungen zu suspendiren bestehen." (Stürmische Rufe rechts: "Es lebe Komoran Tisza! Larm und Bewegung auf der äußersten Linken.") — Das Haus hatte die kurz Mitteilung Tiszas unter ahnsloher Stille angehört. Es nachdem Herr v. Tisza geschlossen, erhob sich ein wahrer Sturm im Hause. Von den dicht besetzten Bänken der Majorität wurden Tisza minutenlange Hochrufe gebracht, in die sich von der äußersten Linken nur ganz vereinzelte Hochrufe mengten. Während die gemäßigte Opposition sich vollkommen ruhig verhielt, schienen die Worte Tiszas bezüglich des Heimathsgesetzes in den Reihen der äußersten Linken geradezu Bestürzung hervorgerufen zu haben. Es ereignete sich nun mehr etwas, was in diesem Hause noch nicht geschehen. Daniel Franyi ließ sich hinreisen, bei diesem Anlaß eine seiner bekannten Standreden gegen den schiedenden Ministerpräsidenten loszulassen, was die Majorität nicht nur verleidete, sondern geradezu Empörung in ihren Reihen hervorrief. Sie wollte es um keinen Preis dulden, daß Franyi weiter spreche, sie unterbrach beinahe jeden Satz seiner Rede und häufig mußte der alte Mann minutenlang warten, ehe er seine Rede fortführen konnte. Bitternd vor Erregung, blaß und verzerrt stand er da, vor sich die großende Majorität, die ihn nun empfindlich entgegneten ließ, was die seiner Führung anvertrauten Genossen Herrn v. Tisza während eines Jahres so häufig angehau. In dem stürmischen Widerstreit der Majorität verhielten die Rufe der Opposition beinahe ungehört im Saale. Herr v. Tisza bat seine Partei wiederholz durch Winken und Rufe, sich still zu verhalten, aber es fruchtete nichts.

Nachdem Franyi unter fortgesetztem Lärm seine Rede beendet hatte, bat Tisza um das Wort.

Géza Polonyi rief: "In welcher Eigenschaft wollen Sie sprechen?" — Ministerpräsident Tisza: Wenn Sie die Eigenschaft wissen wollen, so erfahren Sie, daß ich so lange Ministerpräsident bin, als meine Demission nicht angenommen ist. Uebrigens könnte ich mir auch als einfacher Abgeordneter zu einer persönlichen Bemerkung das Wort eröffnen, jedenfalls mit mehr Berechtigung, als womit soeben nicht nur gegen mich, sondern auch gegen die liberale Partei Angriffe gerichtet worden sind, und zwar bei einer Gelegenheit, wo der fragliche Gegenstand gar nicht auf der Tagesordnung stand. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Da ich den heutigen Tag am wenigsten für geeignet halte, um diese Frage zu erörtern, und nachdem uns der Herr Borredner soeben versichert, was ich ohnehin wußte, daß er die Sache bei der nächstbesten Gelegenheit zur Sprache bringen werde, so behalte ich mir vor, bei jener Gelegenheit den geehrten Herren meine Meinung als einfacher Abgeordneter zu sagen. Die Anschuldigungen aber, die nicht so sehr gegen mich, als gegen diese Partei erhoben wurden, will ich heute nur einfach zurückweisen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Als ich vor nun 15 Jahren auf den Ministerbank Platz nahm, erklärte ein sehr geehrter Mitglied der äußersten Linken, daß es dieser Regierung kein Vertrauen entgegenbringe. Der Herr Borredner sagte soeben, daß Sie meinen Abgang nicht nur nicht bedauern, sondern denselben freudig begrüßen. Ich antworte heute dasselbe, was ich vor 15 Jahren auch auf den Ausdruck Ihres Misstrauens erwiederte, auf die Kundgebung Ihrer Freude über meinen Abgang: daß ich dies mit Bezug auf meine Person und mit Bezug auf deren Beurteilung zur freudlichen Kenntnis nehme. (Orlanartiger, minutenlanger Beifall rechts, brausende Rufe: "Eisen Tisza!")

Präsident: Nach der Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten weiß nunmehr das geehrte Haus, daß die Regierung ihre Demission gegeben. Demgemäß stimmen Sie zu, daß wir so lange keine Sitzung halten, bis wir die Nachricht von der Ernennung der neuen Regierung empfangen. Ich bitte, mich zu ermächtigen, daß ich, sobald die königlichen Handelsreichen eingegangen sind, die Sitzung einberufe. (Zustimmung.) Ich spreche dies somit als Besluß aus und schließe die Sitzung.

Kamme hatte der Präsident diese Worte gesprochen, so griff Herr v. Tisza nach seinem Hut und eilte zur Saaltür. Die liberale Partei begleitete ihn dahin und bis durch die Couloirs mit stürmischen Eilenrufen, die alle Räume des Hauses erfüllten. Alles stürmte nun aus dem Hause, vor welchem noch immer eine große

Menschenmenge versammelt war. Man wartete neugierig auf die Heimsaft Tiszas. Er kam alsbald mit seinem Sohne, stieg in seinen Wagen, und bei der Abfahrt riefen zahlreiche junge Leute dem Ministerpräsidenten Glückwünsche nach. Bald zerstreute sich die Menge ruhig.

Franreich.

[Die Demission des Cabinets Tirard.] Unzähllich einer parlamentarischen Niederlage in einer verhältnismäßig unbedeutenden Frage hat das Cabinet Tirard seine Entlassung gegeben. Schon seit dem Rücktritt Constances, des Ministers des Innern, wußte man, daß die Tage des Cabinets gezählt waren und daß dasselbe nur auf einen Anlaß warte, um mit Anstand seine Entlassung geben zu können. Diesen Anlaß bot eine Interpellation über den türkischen Handelsvertrag, in welcher der Senat die von der Regierung geforderte einfache Tagesordnung verwarf. — Das Cabinet Tirard war am 21. Februar 1889 ins Amt getreten. Nach dem Rücktritt Floquet's hatte Carnot volle acht Tage gebraucht, um ein neues Ministerium zu bilden; als sich endlich das Cabinet Tirard dem Parlamente vorstellte, wurde es mit Hohn empfangen, und man stellte ihm nur wenige Wochen Lebensdauer in Aussicht. Und doch hat dasselbe sich länger als die Mehrzahl seiner Vorgänger im Amt behauptet. Es trat energisch gegen den Boulangismus auf, führte die Verurtheilung des Generals und seiner Genossen herbei und floß hierdurch selbst seinen Gegnern Achtung ein. Der glänzende Erfolg der Weltausstellung schien die Stellung der Regierung noch mehr zu sichern. Die neuen Wahlen brachten dem Boulangismus eine vernichtende Niederlage bei. Dem Sieg der Republikaner folgten aber neue Spaltungen nur allzu bald. Es zeigte sich, daß das Cabinet selbst nicht einig war; die Vorgänge, welche zum Rücktritt des hervorragendsten Mitgliedes der Regierung, Constance, führten, sind noch in frischer Erinnerung.

Bezüglich der Frage des französisch-türkischen Handelsvertrages, welche die Demission des Cabinets Tirard herbeiführte, wird uns aus Paris, 12. März, geschrieben:

"Die Zollcommission des Abgeordnetenhauses vernahm heute Vormittag den Conseilspräsidenten Tirard und den Minister des Neuherrn Spuller über den französisch-türkischen Handelsvertrag. Tirard legte dar, daß der im Jahre 1887 aufgestellte Entwurf nach der Verbesserung des Vertrags mit Griechenland aufgegeben werden müsse. Da Deutschland, Russland und Österreich gegenwärtig mit der Porte unterhandeln, mußte Frankreich auf seine Stellung zu der Türkei nach Ablauf des Vertrags von 1861 bedacht sein. So fand man, daß der Vertrag von 1802 Frankreich die Behandlung als meistbegünstigte Nation sichert. Der Einwand, daß der Vertrag von 1861 denjenigen von 1802 aufgehoben habe, sei nicht stichhaltig, da die Klaue der Meistbegünstigung sich auf die Handelsweise auf die anderweitigen Beziehungen erstreckt. Turrel erwiderte, Art. 9 des Vertrags von 1802 beziehe sich auf den Personalstatus, die Flaggenreglemente, indem der Art. 7 von den Zollfragen handle, und dieser Artikel verweise auf die früheren Capitulationen, so lange kein anderweitiges Arrangement erzielt würde. Tirard bemerkte, die Regierung habe versucht, die Erstreckung des gegenwärtigen Handelsvertrags bis 1892 zu erlangen, sei aber dabei auf große Schwierigkeiten gestoßen. Nachdem Spuller sodann die ausgetauschten Notizen verlesen hatte, vertrat sich die Commission."

Großbritannien.

[Die neue Eisenbahnbrücke über den Firth of Forth.] Ist kaum dem öffentlichen Verkehr übergeben und schon hat sich ein Unfall auf derselben ereignet. Ein Güterzug fuhr über die Brücke, als der zur Herrschaft heftige Wind einen Balken Baumwolle von einem Wagen wehte, was zur Folge hatte, daß mehrere Wagen entgleisten, in Folge dessen der Verkehr zeitweise stockte.

Neapel.

[Die sibirischen Gefängnisse.] Die in Moskau erscheinende "Russkaia Wiedomost" bringt neuerdings einen Bericht aus Tomsk, der über den seit langen Jahren trotz aller Klagen unverändert fortlaufenden furchtbaren Zustand der sibirischen Gefängnisse geradezu unglaubliche Thatsachen mittheilt. Tomsk, der Sitz der einzigen Universität des weiten Sibiriens, ist zugleich einer der Centralpunkte

Eine neue Biographie Mirabeaus.

Das Werk Alexanders des Großen, der den Achilles glücklich schätzte, weil er einen Homer als Verkünder seiner Thaten gefunden habe, hat in einem andern Sinne auch heute noch seine Berechtigung. Nur congeniale Geister begreifen einander ganz. Und wenn wir öfter die Beobachtung machen, daß Helden der Weltgeschichte von Dichtern besser begriffen und in ihrem Wesen verstanden worden sind, als von der gleichzeitigen Geschichtsschreibung, wenn man Jahrzehnte nach der Entstehung von Schillers "Wallenstein" bemerkte hat, daß diese poetisch verklärte Gestalt viel mehr wahre Figuren des historischen Trägers dieses Namens enthält, als man früher vermutete, so ist diese Thatsache auf denselben Grund zurückzuführen. Aber der Dichter erachtet den Historiker nicht. Jener weiß wohl besser als die gewöhnlichen Menschen in dem Herzen des Genius zu lesen, er kennt besser als alle andern die geheimen Triebsfedern seines Handelns. Aber er schafft seine Charaktere nicht im engen Anschluß an die Überlieferung, er gestaltet sie frei um, wie es ihm für seine Zwecke angemessen erscheint. Und sein Zweck ist nicht die historische Wahrheit. Diese festzustellen, liegt allein dem Historiker ob. Es liegt aber auf der Hand, daß diese Aufgabe um so schwieriger ist, je gewaltiger und umfassender der Geist ist, den der Biograph darzustellen unternimmt. Auch der Genius ist ein Kind seiner Zeit, hervorgegangen aus den Bedingungen, die in seinem Volke, seiner Familie, den Zuständen seines Staates lagen, und die erste Aufgabe des Historikers ist es, diesen Zusammenhang nachzuweisen. Aber es wird ihm nicht immer gelingen, alle hier auftauchenden Fragen zu beantworten, alle Widerprüche in dem Charakter des Helden zu lösen. Hier kann nur die Intuition des Dichters eintreten, der mit sicherer Hand die Schwierigkeiten beseitigen wird. Das Werk des Historikers wird einen Fortschritt bedeuten, wenn er auf die Grenzen unserer Erkenntniß hinweist und das klar Erkannte von dem Unbegreiflichen, Problematischen scheidet. Diese Bedeutung hat das Werk Sterns¹), des neuesten Biographen Mirabeaus, das auf der Benutzung des ganzen vorhandenen Quellenmaterials beruht, und seine Worte am Schluss der Vorrede: "... Dazu kommt, daß manche Dunkelheit in diesem labyrinthisch verschlungenen Lebensgange schwerlich jemals völlig aufzuklären sein wird. Endlich bleibt für immer das psychologische Problem bestehen, wie sich so viel Monstrosität des Menschlichen mit so viel politischem Genius verbinden konnte" und mehr als ein Ausdruck der Bescheidenheit.

Man kennt die stürmische und wechselvolle Jugend Mirabeaus. Wegen der unglücklichen ehelichen Verhältnisse seiner Eltern sehr früh in eine Erziehungsanstalt gebracht, hielt er nirgends lange aus. Bald machte er sich durch einen dummen Streich unmöglich, bald wußte er durch seine Liebenswürdigkeit und seine außerordentlichen Gaben seine Lehrer und Aufseher so zu entzücken, daß diese seinem Vater nicht

mehr streng genug erschienen. Aber die Strenge des Vaters nützte gar nichts und die härtesten Strafen, die dieser anwandte, vermochten nicht, den Sohn zu bändigen. Auf Grund zahlreicher Lettres de cachet ließ er ihn von einem Gefängnis in ein anderes schleppen. Der Sohn fand jedoch tausend Mittel und Wege, um seine Lage entzärtlicher zu gestalten oder um neue Streiche zu verüben. Daneben arbeitete er mit eisigem Fleiß und verschaffte sich ein ausgedehntes Wissen, das selbst dem strengen Vater Bewunderung abnötigte. Die Hauptquelle für die Lebensgeschichte Mirabeaus waren bisher die Memoiren, die sein natürlicher Sohn Lucas de Montigny verfaßt hat. Diesen gemäß hat man die Hauptshuld aller Vergehenungen Mirabeaus seinem Vater und seiner grausamen Strenge zugeschoben. Neuerdings ist diese Ansicht nicht mehr haltbar. Eine Fülle neuer und wichtiger Quellen, welche die Romantie, Vater und Sohn, herausgegeben haben, beweisen uns, daß der alte Marquis keineswegs der böse Tyrann war, der aus irgend welcher bösen Laune Gefallen daran fand, seine Kinder durch Verhafthabschläge zu verfolgen und ihre Jugend auf alle Art und Weise zu verbittern. Die erste wichtigste Ursache für das Mißverständnis zwischen Vater und Sohn war das aufbraunende, leicht entzündbare Wesen, das Beide gemeinsam war. Der Vater hatte sich durch seine litterarischen Arbeiten auf ökonomischem Gebiet einen weit über die Grenzen Frankreichs geachteten Namen erworben, er stand an der Spitze der sog. physiokratischen Schule, und die Schriften seines Sohnes zeigen, wie viel die Lehren seines Vaters zu verdanken hat. Aber alle ökonomische Gelehrsamkeit konnte ihn nicht vor Schwinden, die immerfort stiegen. Seine Begeisterung für alles Neue liegen ihn gar zu oft das finanzielle Risiko unterschlagen, und immer erst, wenn das Unternehmen ansehnliche Geldsummen verschlungen hatte, sah er ein, daß er sich in seinen Berechnungen getäuscht hatte. Mit ähnlicher Unbereittheit entschloß er sich zur Heirath, dem verhängnisvollen Schritt, der die Quelle alles Unglücks für ihn und seine Familie wurde. Der angebliche Reichtum der jungen Dame gab ihm nämlich die verlockende Aussicht, sein durch die ökonomischen Experimenten stark angegriffenes Vermögen wieder aufzubessern. Aber die Mäßigt des Marquise war nicht nur gering, sondern ihr unmoralischer Lebenswandel und ihre Verschwendungsübung veranlaßten den unheilvollen Zwischenfall, der im Laufe der Jahre die Gatten immer mehr entfremdet und die Familie ganz zerstürzte. Und als nun der alte Mirabeau von den tollen Streichen seines Sohnes hörte, erregte sie deshalb so sehr seinen Zorn, weil er sie für den Ausfall des mütterlichen Erbtheils hielt und er mit Entsetzen wahrzunehmen glaubte, daß der Knabe überhaupt mehr nach der Mutter als nach ihm arte. Deshalb seine unmenschliche Strenge, die man zuweilen auf Has zurückschaffen versucht sein muß, deshalb die Geringfügung, mit der er auf die Gaben, auf den Fleiß, auf das Wissen seines Sohnes herabsah. Er glaubte, daß diesem alle seine Wissenschaft nur zum Rüstzeug diene, neue Unthaten zu begehen, und er

fürchtete, daß er in späteren Jahren auch gegen ihn die Partei der Mutter ergreisen werde. Und diese Furcht wenigstens ist seine leere gewesen. Als Mirabeau auf seiner Flucht mit Sophie de Monnier in Holland weilte, ließ er in dortigen Zeitungen einige Artikel erscheinen, die den ganzen Familiensandal, der mittlerweile vor den Schranken der Gerichte verhandelt wurde, auf das Schamloseste der Dessenlichkeit preisgaben und den Vater rücksichtlos angriffen. Es steht auch an jeder Spur, daß der Vater etwa um jene Zeit den Tod seines Sohnes gereizt hätte. Vielmehr scheint die Aussicht auf materielle Unterstützung von Seiten der Mutter allein ihm, der sich stets in Geldnot befand, Veranlassung zu dem erbarmungslosen Angriff gegeben zu haben. Offenbar hätte eine andere, einsichtsvollere Erziehung bessere Resultate erzielt und manche schlechte Seite seines Charakters modifiziert. Aber wie die Verhältnisse nun einmal lagen, wäre es ungerecht, den Vater für alle Verirrungen seines Sohnes, wenn auch nur indirect, verantwortlich zu machen. Es ist ein Verdienst der vorliegenden Biographie, diesen Sachverhalt klarer gestellt zu haben.

Einen anderen Grund hatte es, wenn auch später Vater und Sohn zu einer Verständigung nicht gelangen konnten; der Letztere war mittlerweile zum Kämpfer der Revolution geworden und hatte sich, der Sproß eines altadligen Hauses, beim dritten Stande um ein Mandat für die Nationalversammlung beworben; er verkörperte jetzt ein anderes Zeitalter, und von seinem Vater schied ihn eine Welt anderer Anschauungen.

Seine Bewerbung war von Erfolg begleitet. Stolz und glücklich, nun endlich einen Platz erreicht zu haben, auf dem er eine seinen Gaben entsprechende Tätigkeit entfalten konnte, stand er überall voran, wo es galt, der herausfordernden neuen Zeit die Wege zu ebnen. Er war bald der populärste Mann, das geistige Haupt der Nationalversammlung. Was er auch immer verbrochen hatte, die Verführung einer Frau und die Flucht mit ihr, seine verschiedenen Prozesse, die Veröffentlichung der Berliner Briefe, alles war vergessen; er galt im besonderen Maße als der Freund des Volkes und Beschützer seiner Freiheit. Und mit dieser Stellung und den hieraus hervorgehenden Pflichten war es Mirabeau heiligster Ernst; seine Arbeitslast und seine Arbeitskraft waren ungeheuer. Er beschäftigte stets eine große Anzahl tüchtiger und gelehrter Männer; sie beschafften ihm das Material für seine Reden und Flugschriften, das er mit außerordentlicher Geschicklichkeit zu gruppieren und mit dem Feuerstrom seiner Rede zu beleben wußte. Nur so war es möglich, allen Anforderungen zu genügen, die an ihn gestellt wurden. Freilich passierte es ihm hierbei, daß er sich selbst ausschrieb, oder, was schlimmer ist, daß er Denkschriften und Aufsätze, die ihm seine Freunde zur Durchsicht anvertraut hatten, unbedenklich als die Produkte seines eigenen Geistes veröffentlichte. Ueberhaupt war Mirabeau nicht wählerisch in seinen Mitteln, wenn es galt, einen großen Zweck zu erreichen

für das Verbannungswesen. Es besitzt ein Gefängnis, welches 765 Mann beherbergen kann, wenn für Jeden 2 Kubikfalter Lust gerechnet werden. Und zwar ist Raum für 490 Gesunde und 275 Kranke. Nun betrug aber die Zahl der Verschickten, welche im Jahre 1886 in Tomsk anfiel, 16 184, von denen nur 14 866 weitergeschafft wurden. 1887 kamen 14 277, 1888 15 014 und 1889 über 12 000 Verbannete bis zum September an, von denen 13 522, 14 239 und 11 000 nach dem Innern geführt wurden. Der durchschnittliche tägliche Bestand an Gefangenen betrug daher im Jahre 1886 nicht weniger als 1313, 1887 1120 und 1888 1380 Menschen. In einzelnen Wochen aber stieg diese Zahl 1886 auf 2955, 1887 auf 2755 und 1888 gar auf 3020 Personen. Darunter befanden sich Kranke im täglichen Durchschnitt 1886 394, 1887 512 und 1888 396, die meisten darunter am Typhus leidend. Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um sich das entsetzliche Elend auszumalen, welches unter solchen Umständen bei den in das Tomsker Gefängnis eingeworfenen Verbanneten geherrscht hat. Der amtliche Bericht sagt mit dünnen Worten, daß aus Mangel an irgend verfügbarem Raum hunderte von Betteln mit Schwerkrankten bei einer Temperatur von 6 Grad Wärme im Freien aufgestellt worden sind! Die Sterblichkeit ist natürlich dementsprechend groß. 300 und 400 der Verbanneten des Tomsker Gefängnisses werden jährlich begraben.

Brasilien.

[Die Gründung der Notenemissionsbanken in Brasilien] über welche telegraphisch berichtet worden ist, soll zur Belebung der finanziellen und ökonomischen Schäden des Landes dienen. Der Finanzminister Ruy Barbosa hat einen groß angelegten Plan ausgearbeitet; über denselben wird jetzt aus Rio de Janeiro das Folgende berichtet:

Brasilien wird in drei Regionen eingeteilt und zwar in eine nördliche, die Staaten von Bahia bis Amazonas umfassend, in eine centrale, welche die Staaten Rio de Janeiro, São Paulo, Minas Geraes, Espírito Santo, Paraná und Sta. Catharina einschließt, und in eine südliche, bestehend aus den Staaten Rio Grande del Sul, Matto Grosso und Goiás. Für jede dieser Regionen wird eine mit dem ausdrücklichen Privilegium der Notenausgabe ausgestattete Bank gegründet; eine für den Norden mit dem Sitz in Bahia, mit einem Capital von 150 000 Contos de Reis, eine für das Centrum in Rio de Janeiro mit 200 000 Contos und eine für den Süden in Porto Alegre mit 100 000 Contos. Das Capital der drei Banken beträgt zusammen 450 000 Contos de Reis (ca. 45 Millionen Rsd. Sterl.). Dasselbe wird durch Anleihen realisiert und in unveräußerlichen, auf den Namen der betreffenden Bank geschriebenen Staatschuldverschreibungen convertirt, welche als Deckung für die zu emittierenden Noten zu dienen haben. Die vom Staate für die Schuldverschreibungen an die Banken zu entrichtenden Zinsen werden von Jahr zu Jahr um einen bestimmten Procentsatz reduziert, so daß nach Ablauf des sechsten Jahres jede Zinsengaltung unter diesem Titel aufhört. Durch die auf diese Weise während der fünfzigjährigen Dauer der Bankprivilegien erzielten Zinsersparnisse und durch die nach Ablauf der gesuchten Frist eintretende Amortisation der Schuldverschreibungen soll nach der Berechnung des Finanzministers die gesamme innere Staatschuld Brasiliens in fünfzig Jahren getilgt sein. Außerdem verspricht sich der Minister von den neuen Banken eine belebende Wirkung auf Handel, Ackerbau und Industrie. Wenige Tage nach Erscheinen der bezüglichen Decrete stand in Rio de Janeiro die Subscription auf die Aktionen der centralen Bank statt, wobei das ausgelegte Capital von 200 000 Contos voll gezeichnet wurde.

In den Finanzkreisen und der Presse begegnet dieses Finanzprogramm einer verschiedenartigen Beurtheilung. Die bereits bestehenden Bankunternehmungen namentlich sehen sich durch die Gründung der zur Notenausgabe berechtigten und mit sonstigen Privilegien reich ausgestatteten neuen Banken in ihren vertragsmäßig gewährleisteten Rechten geschädigt. Da es sich hierbei um Bankinstitute handelt, bei denen sehr beträchtliche ausländische Capitalien, hauptsächlich englische und französische, was vorzugsweise von der unter dem Patronat französischer Finanzinstitute gegründeten Banque de Brésil gilt, engagiert sind, so liegt das Bestreben vor, die betreffenden fremden Regierungen zu veranlassen, gegen die decretirte neue Ordnung der Dinge rechtliche Erwiderungen geltend zu machen. Welchen Erfolg dieses Bestreben haben wird, ist indessen abzuwarten; bis jetzt scheint sich noch keine europäische Regierung dafür erwärmen zu wollen.

So viel er aber auch in dieser Beziehung gesündigt haben mag, verdient hervorgehoben zu werden, daß er nie, auch in der größten Noth, seine Feder verlaute und gegen seine Überzeugung schrieb. Seine permanente Geldnoth zwang ihn oft, auf Bezahlung zu schreiben, aber immer nur dann ließ er sich hierzu herbei, wenn die Wünsche seiner Aussträger mit seiner Überzeugung parallel gingen.

Der Biograph veranschaulicht auf das Deutlichste, wie Mirabeau vom revolutionären Bahnbrecher und Kämpfer gegen das verrohte Königthum zum weitschauenden Politiker wurde, der auch den Phrasen der freiheitsfürkenen, unpolitischen Redner der Nationalversammlung, sowie dem Toben der aufgeregten und von Demagogen aufgehetzten Menge gegenüber mit seiner Meinung nicht zurückhielt. Er vermochte der Erklärung der Menschenrechte, die in der merkwürdigen Sitzung vom 4. August 1789 ausgesprochen wurde, eine so große Bedeutung nicht beizulegen. Die Beschlüsse waren in seiner Abwesenheit gesetzt worden und wurden später von ihm wegen ihrer allgemeinen Fassung öfters angegriffen; er war überhaupt der Meinung, man solle die theoretischen Erörterungen, die Debatten über die Form der zukünftigen Verfassung u. a. beschränken und die Aufmerksamkeit lieber auf praktische Einzelfragen richten. Wenn einige Mitglieder fertige Verfassungsentwürfe nach englischem Muster ohne Rücksicht auf die Eigenheiten des französischen Staates mitbrachten und über sie abstimmen zu lassen verlangten, so drang er vielmehr darauf, von unten auf mit einer Reform in Anlehnung an die bestehenden Verhältnisse vorzugehen, auf diese Weise für kleinere Kreise zunächst eine Selbstregierung zu schaffen und auf diesem Unterbau eine constitutionelle Verfassung für das ganze Reich zu errichten. Aber wie hier, so drang Mirabeau auch in andern Fällen nicht immer mit seiner Ansicht durch. Er, der wohl erkannte, daß seinem Vaterlande weder mit der vollen Aufrechterhaltung noch mit dem gänzlichen Umsturz des bestehenden geholfen wäre, hatte von rechts und links die heftigsten Angriffe zu befürchten, die mit der Zeit eher zu- als abnahmen. So war es ihm trotz aller Anstrengungen nicht möglich, den Antrag zu falle zu bringen, aufsolge dessen ein Mitglied der Constituante nicht in den Rat des Königs treten durfte. Ihm war es klar, daß nur so ein constitutionelles Regiment geschaffen werden und Männer, die das Vertrauen des Volkes haben, die Regierung leiten könnten. Außerdem aber hatte er persönlich an dem Scheitern dieses Antrags das wesentlichste Interesse. Seine Seele dürfte danach, in die Regierung einzutreten, weil er fühlte, daß er der einzige Mann war, der die Schäden des Staates heilen und die stürmische Bewegung in ruhigere Bahnen lenken konnte. Er war ehrlicher Monarchist und sah voller Betrübnis, wie das Schiff des Königthums auf den Wogen der Revolution hin und her schwankte, und wie die Berather des Königs einen Fehler über den andern begingen, die die Lage der Monarchie immer bedenklicher machten. Als daher jener Antrag Gesezt wurde, blieb ihm nichts weiter übrig, als heimlich zu einem Berather der Krone zu werden, eine Stellung,

Provinzial-Beitung.

Breslau, 14. März.

Der Vorstand des Schlesischen Sparkassenverbandes hat soeben eine Statistik der schlesischen öffentlichen Sparkassen pro 1888/89 aufgestellt, der wir folgende Angaben entnehmen: Es hatte der Regierungsbezirk Breslau 38 öffentliche Sparkassen (8 Kreissparkassen und 30 städtische Sparkassen), der Regierungsbezirk Liegnitz 35 öffentliche Sparkassen (1 Provinzial-, 4 Kreis-, 28 städtische, 2 Landgemeindesparkassen), der Regierungsbezirk Oppeln 28 (16 Kreis-, 12 städtische) Sparkassen. Die Summe der Einlagen am Jahresende betrug bei den verschiedenen Kassen

des Bezirks	Die Pfennigbeträge sind weggelassen.
Breslau	98 299 198 Mark,
Liegnitz	93 065 097 =
Oppeln	41 696 440 =
Provinz Schlesien	233 060 736 Mark.
Eingezahlt wurden:	Abgehoben wurden
Breslau	24 691 346 M.
Liegnitz	22 927 591 =
Oppeln	17 626 662 =
Provinz Schlesien	49 461 783 M.

Die Zahl der Quittungsbücher betrug mit Einlagen
bis 60 M.
bis 150 M.
bis 300 M.
bis 600 M.
bis 1500 M.
bis 3000 M.
150 M. 300 M. 600 M. 1500 M. 3000 M.

Breslau	80 637	49 210	42 056	42 576	38 893	13 588	2 237
Liegnitz	91 379	53 395	43 727	43 320	43 830	2 124	354
Oppeln	23 108	16 389	14 214	14 874	14 710	3 994	1 494
Prov. Schlesien	195 124	118 994	99 997	100 770	97 433	19 706	4 085

Die Verwaltungskosten betragen bei einem Reingewinne von
Breslau
Liegnitz
Oppeln
Prov. Schlesien

aus den Ueberschüssen wurden zu öffentlichen Zwecken verwendet:
im letzten Jahre seit Bestehen der Sparkassen
Breslau
Liegnitz
Oppeln
Prov. Schlesien

Von der zuletzt angegebenen Summe von 9 798 375 M. kommen allein auf die Sparkasse der Stadt Breslau 2 690 257 M.

† Gottesdienste. St. Elisabet. Vormittag 9: Diaconus Gerhard. Nachm. 5: Diaconus Just. Beichte und Abendmahl früh 8: Diaconus Just und Vorm. 10½: Sub-Senior Schulze. — Jugendgottesdienst Nachm. 2: Diaconus Konrad. — Passionspredigten, Mittwoch Nachm. 5: Past. D. Späth; Freitag Nachm. 5: Diaconus Gerhard. — Morgenandachten täglich früh 8: Hilspsrediger Lechfeld. Beigräbniskirche. Vorm. 9: Diaconus Konrad. Krankenhospital. Vorm. 10: Prediger Missig. St. Trinitatis. Vorm. 9: Prediger Müller. — Dienstag Vormittag 9, Passionspredigt: Prediger Müller. Bürger-Verpflegungs-Anstalt. Sonntag Vorm. 9½: Sub-Sen. Schulze.

St. Maria-Magdalena. Früh 7 (St. Christophori): Diaconus Künzel; Vorm. 11 (Elisabethkirche): Sub-Senior Schwarz. Nachm. 5 mit der Elisabet-Gemeinde vereinigt. Beichte und Abendmahl früh 7½ (St. Christophori) und Mittags 12 (Elisabethkirche): Senior Klüm. Passionspredigten (St. Christophori), Mittwoch Nachm. 5: Past. May; Freitag Nachm. 5: Senior Klüm. Armenhaus. Vorm. 9: Prediger Liebs. Arbeitshaus. Vorm. 10½: Prediger Liebs. St. Bernhardin. Vorm. 9: Propst D. Treblin. Nachm. 5: Diaconus Hoffmann. — Beichte und Abendmahl früh 8 und Vorm. 10½: Diaconus Jacob. — Jugendgottesdienst Vorm. 11½: Sen. Decke. — Passions-

die doppelt miflich war. Denn einerseits nahm er dem Könige gegenüber nie eine amiliche Stellung ein, die ihn in die Lage gesetzt hätte, nöthigenfalls auf die Durchführung seiner Pläne, die ihm so heilig und nothwendig erschienen, zu dringen; man fragte ihn wohl, man hörte ihn an, man sah wohl auch zuweilen ein, daß er Recht hätte — schließlich that man aber doch, was man wollte, und blieb im alten Geleis. Andererseits mussten die Gerichte über seine Verbindung mit dem großen Umsturz des bestehenden Regimes entscheiden; er war überhaupt der Meinung, man solle die theoretischen Erörterungen, die Debatten über die Form der zukünftigen Verfassung u. a. beschränken und die Aufmerksamkeit lieber auf praktische Einzelfragen richten. Wenn einige Mitglieder fertige Verfassungsentwürfe nach englischem Muster ohne Rücksicht auf die Eigenheiten des französischen Staates mitbrachten und über sie abstimmen zu lassen verlangten, so drang er vielmehr darauf, von unten auf mit einer Reform in Anlehnung an die bestehenden Verhältnisse vorzugehen, auf diese Weise für kleinere Kreise zunächst eine Selbstregierung zu schaffen und auf diesem Unterbau eine constitutionelle Verfassung für das ganze Reich zu errichten. Aber wie hier, so drang Mirabeau auch in andern Fällen nicht immer mit seiner Ansicht durch. Er, der wohl erkannte, daß seinem Vaterlande weder mit der vollen Aufrechterhaltung noch mit dem gänzlichen Umsturz des bestehenden geholfen wäre, hatte von rechts und links die heftigsten Angriffe zu befürchten, die mit der Zeit eher zu- als abnahmen. So war es ihm trotz aller Anstrengungen nicht möglich, den Antrag zu falle zu bringen, aufsolge dessen ein Mitglied der Constituante nicht in den Rat des Königs treten durfte. Ihm war es klar, daß nur so ein constitutionelles Regiment geschaffen werden und Männer, die das Vertrauen des Volkes haben, die Regierung leiten könnten. Außerdem aber hatte er persönlich an dem Scheitern dieses Antrags das wesentlichste Interesse. Seine Seele dürfte danach, in die Regierung einzutreten, weil er fühlte, daß er der einzige Mann war, der die Schäden des Staates heilen und die stürmische Bewegung in ruhigere Bahnen lenken konnte. Er war ehrlicher Monarchist und sah voller Betrübnis, wie das Schiff des Königthums auf den Wogen der Revolution hin und her schwankte, und wie die Berather des Königs einen Fehler über den andern begingen, die die Lage der Monarchie immer bedenklicher machten. Als daher jener Antrag Gesezt wurde, blieb ihm nichts weiter übrig, als heimlich zu einem Berather der Krone zu werden, eine Stellung,

Wie oft hat man die Frage aufgeworfen, was aus der Revolution geworden wäre, wenn Mirabeau länger gelebt hätte! Nicht wenige haben gemeint, daß er vielleicht im Stande gewesen wäre, sie zu bändigen. Soweit sich der Historiker überhaupt auf die Diskussion derartiger Fragen einlassen darf, ist Stern eher geneigt, die vorliegende Frage zu verneinen. Mirabeau war in den letzten Kämpfen zu oft unterlegen, als daß man ihn noch am Ende seines Lebens als unbedingten Herrn der Situation betrachten könnte. Die Leidenschaften waren entfesselt, der Sturm brauste dahin und hatte ihn oft mit sich fortgerissen. Woher hätte er noch später die Kraft nehmen sollen, ihm zu trocken? Carl Wersche.

Achter Kammermusik-Abend.

Ein neues Werk von Brahms gilt in der Musikwelt als ein Ereignis. Man weiß zur Genüge, daß Brahms einer der Wenigen ist, die nicht aus Gewohnheit oder fürs Honorar schreiben, und daß er nicht für die nach Unterhaltung lehnende Menge componirt, sondern so wie der Geist es heißt. Mag Vieles in seinen leichten Werken schwer verständlich und verdaulich sein, mag seine Erfindungskraft mitunter hinter seinem Erfindungsdrange zurückstehen, so fühlt man doch stets das ernste Streben, Neues und Originelles zu bieten, hindurch. Die dritte Violinonate (d-moll op. 108) kann nicht beim ersten Hören jedem gefallen. Es lebt

predigt. Mittwoch Nachm. 5: Diaconus Jacob; Freitag Nachmittag 5: Propst D. Treblin.

Bernhardinhospital. Donnerstag Abends 6: Diaconus Hoffmann.

Hofkirche. Vorm. 10: Pastor Spieß. — Donnerstag Vorm. 10, Passionspredigt: Pastor Spieß.

Elftausend Jungfrauen. Vorm. 9: Hilspsred. Semerak. — Nach

der Amtspredigt Abendmahlsteier durch Pastor Weingärtner. — Nachm. 5: Festgottesdienst des ev. Männer- und Jünglingsvereins vor dem Oderthor: Pastor Röhrich aus Fürsten-Glieth. — Mittwoch Nachmittag 5, Passionspredigt: Pastor Weingärtner.

St. Salvator. Vormittag 9: Pastor Ehler. — Nachm. 5: Diaconus Weis. — Beichte und Abendmahl früh 8: Sen. Meyer und Vorm. 10½: Pastor Ehler. — Jugendgottesdienst fällt aus. — Mittwoch Nachm. 5, Passionspredigt: Pastor Ehler. — Beichte und Abendmahl: Senior Meyer. — Amtswache: Sen. Meyer.

St. Barbara. Vorm. 8½: Prediger Kristin. — Nachm. 2: Pastor Kutta. — Beichte, Vorm. 10: Prediger Kristin. — Nachm. 2, Passionspredigt: Prediger Kristin.

Militärgemeinde. Vorm. 11: Diaconus Hoffmann aus Groß-Wartenberg (Gostpredigt). — Nachm. Abendmahlsteier durch Conistorialrat Tixier.

St. Christophori. Vorm. 9: Pastor Günther. — Nachm. Abendmahlsteier: Pastor Günther. — Nachm. 5, Bibelstunde in Trethen: Pastor Günther. — Donnerstag Vorm. 10, Passionsstunde: Pastor Günther.

Bethanien. Vorm. 10: Prediger Runge. — Nachm. 2, Kinder-

gottesdienst: Prediger Runge. — Nachm. 5: Pastor Ulrich (Missions-

sich ein Fest-Commers zur Feier der Stiftung des Bundes, der zur Zeit aus 230 Sängern besteht. An demselben können auch die Besucher des Concerts teilnehmen; für die Damen werden die Logen und Gallerie-Plätze reservirt werden.

* Die Freie Religionsgemeinde feiert am 17. März im Saale bei Paul Scholz, Margaretenstraße, ihr Stiftungsfest. Die Festrede wird Prediger Dr. Wille aus Berlin halten.

-e Kreistag. Am 29. d. M. Vormittags 10 Uhr findet im hiesigen Dienstgebäude der Kreis-Verwaltung ein Kreistag für den Landkreis Breslau statt. Auf der Tagesordnung stehen u. A. die Erfatung des Berichts über die Verwaltung und den Stand der Communal-Angelegenheiten des Kreises; die Feststellung des Kreis-Haushaltssets pro 1890/91; die Übernahme der Unterhaltung von Straßen-Pflasterungen bezüglich einer Reihe von Straßen im Landkreis; ein Antrag des Curatoriums der Kreisparzesse, aus dem Reservefonds der letzteren die Summe von 3623,17 Mark = 3 p.C. des Ultimo 1889 vorhandenen Netto-Ueberusses von 120 772,40 Mark über 10 p.C. des Interessenten-Capitals zur Vertheilung als Sparprämie zur Verfügung zu stellen; endlich ein Antrag des Kreis-Ausschusses: der Kreistag wolle seine Zustimmung zur Constitution einer behufs geheimer Aufsichtsführung und gemeinschaftlicher Maßregeln zum Schutze des Fischbestandes in dem Weidefluß von seiner Mündung bis aufwärts, auf der rechten Seite zur Kreisgrenze der Kreise Oels und Trebnitz, auf der linken Seite bis einschließlich der Feldmark Schottwitz zu bilbenen Fischerei-Genossenschaft ertheilen und einen diesbezüglichen Statuten-Entwurf genehmigen.

-e Kreis-Ersatzgeschäft. Das diesjährige Ersatzgeschäft für den Landkreis Breslau findet in der Zeit vom 11. bis 21. April in Bräuer's Tanzsalon hierbst, Ecke Lehmgruben- und Bohrauerstraße, statt und wird am 22. April mit der Losung der 20jährigen Altersklasse geschlossen. Die Prüfung der Reclamationen der Reserve- und Landmehr-Mannschaften wird für den Breslauer Landkreis am 21. April ebenfalls im Bräuer'schen Etablissement vorgenommen. Die Einreichung der Reclamationen-Nachweisungen muß bis zum 1. April erfolgen.

w. Der Fortschrittsverein hat für den 30. d. M. (Sonntag) im großen Saale des Café Restaurant einen geselligen Abend mit Prolog, Festrede, Gefang-, musikalischen und declamatorischen Vorträgen in Aussicht genommen. Es wird hierbei nicht nur auf die Theilnahme der Vereinsmitglieder, sondern auch auf eine zahlreiche Vertheilung der Parteigenossen überhaupt gerechnet.

H. Breslauer Consumverein. Unter dem Vorsitz des Directors Kringel fand am 13. d. M. die Generalversammlung im großen Saale des Breslauer Concerthauses statt. Zum Geschäftsbericht für 1889 bemerkte Director Sachs u. A. folgendes: Der Umsatz hat im verflossenen Jahre die Höhe von 7 349 667 Mark erreicht gegen das Vorjahr über 1 100 000 M. mehr, ein Resultat, welches selbst für die Verwaltung überraschend war. Damit sei aber der Verein noch immer nicht auf dem Höhepunkt angelangt, denn die Lösung während des laufenden Geschäftsjahrs vom 6. Januar bis heute betrage 1 553 827 M., gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs mehr 223 710 M. Dementsprechend steige auch trotz aller Anfeindungen und Machinationen die Mitgliederzahl des Vereins. Der Reingewinn aus 1889 beträgt 792 699 M., aus welchem die Mitglieder neben der hohen Verzinsung ihres Guthabens mit 5 p.C. noch 10 p.C. Dividende auf die von ihnen entnommenen Waren erhalten. Wenn früher auch schon 10 1/2 p.C. Dividende gegeben worden, so sei doch gleichzeitig erklärt worden, daß es gar nicht in der Absicht der Verwaltung liege, so hohe Dividenden durch höhere Verkaufspreise zu erzielen. Das Bestehe der Verwaltung sei es zwar, die Dividende auf möglichst gleicher Höhe zu halten, allein kleine Schwankungen seien bei dem manifattischen Verkaufsartikel nicht zu vermeiden. Der Bruttogewinn war im Jahre 1888 2%, p.C. höher als im Jahre 1889. Die Waren sind also im Jahre 1889 durchschnittlich mit einem 2% p.C. geringeren Aufschlag verkauft worden. Dagegen waren die Verwaltungsspesen im letzten Jahre etwas geringer. Die Dividende sei deshalb nur um 1/2 p.C. gefallen. Der Reingewinn aus 1889 beträgt 81 906 M. mehr als im Jahre 1888, verteilt sich aber auf eine um 1 079 591 M. höhere Umsatzsumme. Die Bilanz schließt auf beiden Seiten mit 1 830 434,79 M. ab. Das Vereinsvermögen beträgt 1 671 037,52 M., von dem 207 543,44 M. auf die Reservefonds entfallen. 847 000 M. sind in pupillarischen Wertpapieren bei hiesigen Bankinstituten angelegt. Die zum Buchwert mit 300 400 M. in die Bilanz eingestellten schuldenfreien Grundstücke sind bei der städtischen Feuerocietät mit 400 400 M. versichert. Alle Werthobjekte seien in die Schlufrechnung zu Preisen eingetragen, zu denen sie selbst unter recht ungünstigen Verhältnissen verkaufen könnten. Mit Neubauten, die bei dem stetigen Wachsen des Vereins schließlich nicht mehr zu umgehen waren, ohne den Geschäftsbetrieb zu schädigen, habe die Verwaltung gewartet, bis dieselben mit Rücksicht auf die Vermögenslage des Vereins ohne auch nur das geringste Bedenken ausgeführt werden könnten. Die Proffabrik des Vereins, von vornherein in großem Maßstabe angelegt und wohl die größte Deutschlands, könnte nur noch durch Ausfüllung von Defizit mit 2 Herdplatten leistungsfähiger gemacht werden. Ob diese auch allen Anforderungen der Zukunft genügen werde, erscheine heute schon fraglich. Es gebe jetzt Tage, an denen bis 36 000 Kilo Brot zum Verkauf kommen. Dem neuen Genossenschaftsgesetz habe sich der Verein nicht unterstellt. Einzelne Consumentvereine, die sich durch dasselbe beeinflußt hätten, hätten sich in Aktiengesellschaften umgewandelt und leisteten auch in dieser Form dem Kaufenden Publikum die bisherigen guten Dienste. Die Verwaltung aber werde, aufgemuntert durch die neueren Erfolge, alle ihre Kraft für die weitere Entwicklung des Vereins einzusetzen und, ohne nach rechts oder links zu sehen, das genossenschaftliche Prinzip in der bisherigen Form hochhalten. Hieran erstattete Subdirector Schuppelius im Auftrage der Rechnungs-Revisions-Commission in sehr eingehender Weise den Revisionsbericht, nach welchem Alles in bester Ordnung gefunden worden ist. Nachdem einige zum Geschäftsbericht aus der Versammlung gestellte Fragen vom Vorsitzenden beantwortet worden, wurde der Direction und dem Verwaltungsrath Entlastung ertheilt. Die Dividende von 10 p.C. gelangt sofort zur Auszahlung. Der Turnus, in welchem die Auszahlung erfolgt, wird in den Lägerbüchern des Vereins durch Aushang bekannt gegeben. Die aus dem Verwaltungsrath austretenden Mitglieder wurden sämtlich mit großer Majorität wiedergewählt.

-d. Zimmergesellen-Versammlung. In einer am 13. d. M. im Pietzsches Local auf der Gartenstraße abgehaltenen und zahlreich besuchten Versammlung wurde beschlossen, an den früher festgesetzten Forderungen festzuhalten und der Öffentlichkeit diejenigen Meister namentlich zu machen, welche bisher noch nicht 35 Pf. Arbeitslohn für die Stunde gezahlt haben. Mit der Ausführung des Beschlusses solle jedoch noch 4 bis 6 Wochen gewartet werden. Dann sei eine Generalversammlung einzuberufen, um endgültig zu beschließen, welche Maßnahmen zu treffen seien, um die gestellten Forderungen durchzuführen. Von zwei Seiten wurde an den 1. Mai als internationaler Feiertag der Arbeiter erinnert und die Erwartung ausgesprochen, daß auch die Zimmergesellen Breslaus den 1. Mai als Feiertag begehen würden. Es wurde ferner vor Buzug nach Hamburg und Halle gewarnt, weil in ersterer Stadt eine Verkürzung der Arbeitszeit angestrebt und in Halle eine Arbeitseinstellung proclamirt werden sollte.

-1. Görlitz, 13. März. [Schenkungen.] In letzter Zeit sind der Stadtgemeinde Görlitz folgende Schenkungen gemacht worden: 6000 und 3000 Mark von der verstorbenen Sattlermeisterwitwe Biese zur Unterstützung bedürftiger Frauen und Jungfrauen; 2000 Mark vom Seidenfabrikanten Henneberg in Zürich zum Bau der Oberlausitzer Ruhmeshalle.

a. Greiffenberg, 13. März. [Schenkung.] Der Rittergutsbesitzer Karl Wiggert-Brenkel hat der hiesigen Gemeinde 20000 Mark zur Errichtung eines Diaconissenhauses überwiesen. Die Landesherrliche Genehmigung zur Annahme dieser Schenkung ist erfolgt.

o. Trebnitz, 14. März. [Gefchenk - Belohnung.] Frau Geheim-Mäthlin von Löbbecke auf Wieße hat der evangelischen Kirchengemeinde zu Höckkirch als Patronin eine neue Orgel geschenkt. - Der Stroppener Landwirthschaft. Verein hat in Verbindung mit dem hiesigen Jagdschützenverein dem Wachtmeister Penkalla eine Prämie von 100 Mark überwiesen, in Anerkennung seiner Verdienste um die Verhaftung des bereits zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilten Vilberers Hoffmann von hier.

t. Batschka, 14. März. [Communalsteuer.] Nachdem die städtischen Behörden hierbei beschlossen haben, daß die in dem Etat pro 1890/91 mit 23 000 Mark in Einnahme gestellte Communalsteuer wie bisher mit 100 Prozent der Classem und classificirten Einkommensteuer und mit 50 Prozent der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erhoben werden soll, ist dieser Beschluß von dem Bezirksausschuß bestätigt worden.

Δ Gleiwitz, 13. März. [Der Oberhessische israelitische Gemeindetag.] welcher gestern hier in Schäfers Hotel unter dem Vorsteher des Sanitätsraths Dr. Freund abgehalten wurde, beschloß, der Gründung eines israelitischen Waisenhauses für Oberschlesien näher zu

treten. Das zu diesem Zwecke gewählte Comité wird in der nächsten Zeit einen Aufruf an die Gemeinden Oberschlesiens erlassen zur Bezeichnung von Beiträgen. Ein Wohlthäter, welcher jedoch nicht genannt sein will, soll bereits 20 000 M. geschenkt haben.

* Schwientochlowitz, 13. März. [Zwei Bergleute getötet.] Gestern Nachmittag sind auf der Malsilbergrube bei Schwientochlowitz die Bergleute Paul Witte und Constantin Kochneg durch herabstürzendes Kohl getötet worden. Es müsse, wie dem „Oberschles. Anz.“ mitgetheilt wird, von 4 bis 7 Uhr Nachmittag ununterbrochen gearbeitet werden, um die Verunglückten herauszubekommen. Ein dritter Bergmann ist schwer verletzt worden.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

u. Krotoschin, 13. März. [Sandratsamt - Verhaftung.] Wie von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, ist dem Landrat Germershausen zu Adelna das zum 1. April d. J. zur Erledigung kommende Sandratsamt im hiesigen Kreise übertragen worden. - Gestern wurde die Witwe Marianne Walczek aus Wielowies wegen Verdachts, ihren Ehemann, den Wirth Caspar Walczek, in der Nacht vom 24. zum 25. Januar ermordet zu haben, verhaftet und in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

L a n d t a g.

* Berlin, 14. März. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Berathung des Bergwerkssets noch nicht zu Ende geführt. Die bedeutamsten Reden, die beide je 1 1/2 Stunde wähnten, waren die erste und die letzte des heutigen Tages, die Reden der Abg. Ritter-Waldenburg und Brömel. Ersterer sprach eingehend die niederschlesischen Verhältnisse; er führte den Ausstand in Niederschlesien auf die Agitation der von Socialdemokraten verführten jüngeren Bergarbeiter zurück, während er die älteren als durchaus zufriedene Leute schilderte. Den Grund der Verwilderung der jüngeren Arbeiter fand er in dem Freizügigkeit-Gesetz und der Coalitionsfreiheit. Von der Bildung der Arbeiterausschüsse hoffte er, wenn sie erst einmal die Zeit der ersten Unruhe überwunden haben würde, eine Besserung der Beziehungen der Arbeiter zu den Arbeitgebern. Aber um die Kluft zwischen beiden Klassen zu überbrücken, müßt die ganze moderne Gesellschaft zusammenstehen in dem Kampf gegen den Umsturz. Eine Bemerkung des Parteigenossen des Herrn Ritter, des Herrn Schulz-Lipiz, wiederholte nur einen Theil dessen, was ersterer gesagt; Herr Fuchs ergänzte die gestrigen Ausführungen seines Parteigenossen Dasbach bezüglich der Lohnsätze in den Saarbrückener Kohlenwerken. Der Minister von Maybach meinte, daß die ganze Debatte eigentlich zum Handelsministerium gehöre, denn ihm stehe nur die technische Leitung der fiscalischen Werke zu, aber keine Aufsicht über die Privatwerke. Bei dieser Gelegenheit stellte er fest, daß die Abtrennung der Bergabtheilung vom Arbeitsministerium auf seinen Wunsch erfolgt sei; diesen Wunsch habe er schon seit dem Anfang seines Ministeriums gehabt, derselbe sei aber unausführbar gewesen, weil das Handelsministerium bisher keinen besonderen Chef gehabt habe. Der Minister nahm dann die Saarbrückener Bergwerksdirection in Schutz und verzichtete, auf die Fragen, die anderweitig gesetzgeberisch vorbereitet würden, Arbeiterschutz, Arbeiterausschüsse etc., näher einzugehen. Abg. Windthorst benahm sich sehr diplomatisch; ohne seinen Parteireunden Dasbach und Fuchs beizustimmen, verleugnete er sie doch auch nicht ganz, sondern richtete seine Angriffe mehr allgemein gegen die ganz Methode der angestellten Untersuchung, die keine Sicherheit für Gründlichkeit und Unparteilichkeit biete. Er bestritt, daß die Beschwerden der Arbeiter überraschend gekommen seien, denn einen Theil derselben habe bereits 1882 und wiederholt 1884 Abg. von Schorlemer-Alst vorgebracht. Zur Besserung aller Verhältnisse empfahl er dann seinen Schulaustrag. Abg. Brömel beschäftigte sich ebenfalls eingehend mit dem Bericht über die Untersuchung und tadelte die Methode der letzteren, der er die englischen Enquêtes als Muster gegenüberstellte. Auch er wies darauf hin, daß die Forderungen der Arbeiter seit langen Jahren bekannt gewesen seien; die Ansprüche der Arbeiter auf Lohnerhöhung seien eine Folge des Ausschwunges der Kohlen- und Eisenindustrie, der aber nur künftlich hervorgebracht durch die sich häufenden Staatslieferungen, und der Rückgang werde nicht lange ausbleiben. Redner warnte dann noch vor einer Beseitigung der Freizügigkeit und der Coalitionsfreiheit. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus. 28. Sitzung vom 14. März.

11 Uhr.

Am Ministerialen: v. Maybach, Herrfurth und Commissarien. Die Berathung des Staats der Berg-, Hütt- und Salinenverwaltung beim ersten Titel der Einnahmen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Ritter (rcr): Nachdem die Vertreter des Saar- und Nahrungsgebiete ihrer Bezirke besprochen hatten, hat zum Schlus der gestrigen Sitzung der Abg. Letocha die oberschlesischen Verhältnisse besprochen.

Ich habe bei der Unruhe des Hauses seine Ausführungen nicht verstanden, wenn aber die wenigen Zeilen, welche die Zeitungen darüber berichten, richtig sind, so hat Herr Letocha behauptet, daß einige Gruben Lohnabschreibungen versucht hätten, als in Westfalen schon gestrichen wurde.

Das muß ein Irrthum sein; ich glaube nicht, daß eine Grubenverwaltung so herzlos gewesen ist, auf die Weise den Ausstand zu provozieren.

Die Kohlenbergwerke haben in den letzten Jahren mit nur geringem Gewinn gearbeitet, kleinen Zeichen haben sogar Schulden gemacht,

nur um den Betrieb im Interesse ihrer Arbeiter aufrecht zu erhalten.

Deutschland ist viel kohlenreicher als England; England hat etwa

nach auf 80 Jahre Kohlen, wir auf die zehnzigste Zeit.

Dieser Factor ist von Bedeutung für die Gestaltung des Kohlenmarktes;

England fürchtet jetzt schon die Concurrenz Deutschlands.

Deutschland kann concurrenzfähig bleiben auf dem Koblenzmarkt, so lange

die englischen Kohlen nicht auf dem billigen Wasserwege bis in das Herz

Deutschlands kommen können. Der Koblenzverlauf ist meist auf längere

Zeit mit Händlern verschlossen; die Preissteigerung kommt den Gruben

noch nicht zu Gute, denn der Verlauf direkt von der Seche weg ist nur

ein ziemlich unbedeutender im Verhältniß zum Gelanttabatz des

Handels.

Der Handel muß sich in gewissen Grenzen bewegen, so daß

der Großhandel nicht zu einer Großmacht wird. (Sehr richtig! lins.)

Denn diese Großmacht kann nicht nur die Preise den Confumenten steigern, sondern sie kann auch den Koblenzgruben selbst gefährlich werden.

Die beiden Firmen Cäesar Wollheim und Friedländer vertreten die halbe

Förderung Oberschlesiens. (Hört!) Die fiscalischen Werke haben ein

Viertel ihres Ablates, vier Privatwerke ihre ganze Förderung an Cäesar

Wollheim, drei Privatwerke an Friedländer vertheilt. (Hört!) Da

können die Werke in die schwerste Verlegenheit kommen, wenn sie in

Conflict kommen mit den beiden Firmen; denn die Kunden haben diese

Firmen, nicht die Verwaltungen. Wenn auch die beiden Firmen

nicht so unpatriotisch sein werden, statt der oberschlesischen eng-

lischen Kohlen zu verkaufen, so liegt die Gefahr doch darin,

dass die Firmen die Kunden haben, daß die Verwaltungen sich erst wieder

Kunden suchen müssen, wenn sie mit den Firmen brechen. (Sehr richtig!)

Auf den niederschlesischen Gruben sind die Löhne erhöht worden, und

wenn nach Ablauf der Contract zum 1. April die Preise steigen, so wird

eine weitere generelle Erhöhung eintreten. Wenn die Löhne steigen, dann

steigen auch die Preise aller Waren, das liegt in der Natur der Sache;

der kleine Händler macht sich die Steigerung der Löhne sofort zu Nutze;

deswegen ist eine allgemeine procentuale Erhöhung bedenklich; es muß eine

entsprechende Erhöhung der Gedinglöhne erfolgen. Die niederschlesischen Gruben wollen die von den Bergleuten geforderte achtstündige Schicht

einführen, aber nur unter zwei Bedingungen; daß die konkurrierenden

oberschlesischen Gruben ihre Schicht ebenfalls auf acht Stunden verkürzen, und

dass die Arbeiter bis dahin noch nicht eingesehen haben, daß sie dabei be-

nachteiligt werden. Ich habe Bedenken gegen die achtstündige Schicht

und gegen die rasche Abkürzung der Schichtsauer überhaupt. Eine solche Umwandlung kann nicht in kurzer Frist erfolgen; denn die Verkürzung der Schicht verhindert die Produktion, und die abgeschlossenen Verträge müssen doch erfüllt werden; auch die Maschinen müssen geändert werden.

Je weniger unsere Leute arbeiten, desto schneller wird die Gultur im Osten uns besiegen. In Russland fragt kein Mensch nach der Arbeitszeit, und sehen Sie, was da schon produziert wird. Aehnlich liegt es in Ostindien. Frankreich denkt nicht daran die Arbeitszeit zu verkürzen, weil der Franzose das als einen Eingriff in seine persönliche Freiheit betrachten würde. (Sehr richtig!) Bei der achtstündigen Schicht werden die Bergleute viel intensiver arbeiten müssen, um denselben Lohn zu erhalten; dadurch werden sie körperlich mehr angestrengt als bisher. Die Bergleute wollen auch nicht recht etwas davon wissen, aber die Agitatoren verlangen die achtstündige Schicht, und die Unzufriedenen schließen sich ihnen an. Die größere Menge gönne ich den Arbeitern; aber wenn man mir einreden will, daß die jungen Leute etwa in der Winterszeit das Gebetbuch in die Hand nehmen würden, dann täuscht man sich. (Sehr richtig!) An der Arbeit ist noch Niemand zugrunde gegangen, aber Opfer des Müßigganges und seiner Folgen gibt es zahlreiche. Gegner der achtstündigen Schicht sind natürlich die Frauen und die Arbeiter über Tage. Der Bergmann hat einen schweren Beruf, aber er wird doch mit den meisten Arbeitern über Tage nicht tauchen; für ihn wird gesorgt, für Gesundheitspflege wird in den Gruben viel gehan; die alten Familienväter unter den Bergleuten sind keine Socialdemokraten; sie haben nur nicht den Muth gehabt, gegen den Strife anzukämpfen, denn sie sind in der Minderheit. Die jungen Schlepper im Alter von 16 bis 20 Jahren sind das Opfer der Gefechtbegleitung der letzten Jahre geworden in Bezug auf die

(Fortschung.)

hört; nichtsdestoweniger glaube ich doch das Recht zu haben, über die hier besprochenen Angelegenheiten einige Worte zu sagen. Vorab muss ich ein in der Presse und wie es scheint auch hier aufgetretenes Misverständnis berichtigten; der Antrag, die Bergverwaltung dem Handelsministerium zu überweisen, beruht auf meiner Initiative. (Hört! Hört!) Schon im Jahre 1878, vor nahezu 12 Jahren, als ich das Ministerium übernahm und die Frage einer Verkleinerung derselben erörtert wurde, habe ich den Wunsch gehabt, daß man die Bergabteilung dem Ministerium abnehmen möge. Mein Wunsch scheiterte daran, daß derjenige meiner Collegen, welcher zur Übernahme des Ministeriums für Handel und Gewerbe bestimmt war, zugleich ein großes ausgedehntes Amt beim Reiche bekleidete; die Übertragung des Bergwesens hätte für ihn eine Überbürdung zur Folge gehabt. Als nun später der Herr Reichskanzler auch dieses Portefeuille übernommen hatte, konnte davon nicht mehr die Rede sein, seinem Wirkungskreise auch diese neue Last hinzuzufügen; das verstand sich von selbst. Ich hatte damals den Gedanken, man könnte vielleicht, da es sich hier um eine Verwaltung ähnlich der der Domänen handelte, dem Minister für die Landwirtschaft die Verwaltung des Bergwesens mit übertragen. Das war damals Herr Friedenthal, der fürsichtiger leider heingegangen. Er wehrte sich dagegen, weil ihm soeben die Verwaltung der Domänen und Forsten überwiesen worden war, und er, wie er sich humoristisch ausdrückte, keine Meuterei hätte, zu den grünen auch noch die schwarzen Gesellen zu übernehmen. (Heiterkeit.) So mußte ich mich mit dem Gedanken vertraut machen, die Bergverwaltung selber weiter zu führen. Zweit aber, wo eine neue Persönlichkeit an die Stelle des Ministeriums für Handel und Gewerbe getreten ist, wird mir kein Mensch den Wunsch verdenken können, mich dieser Verwaltung zu entledigen, um so weniger, als für dieses Ministerium sonst ein vollkommen ausreichendes Arbeitsfeld kaum zu schaffen wäre. Die heute und auch wohl sonst bei diesem Etat zur Discussion gebrachten Verhältnisse des gesamten Bergbaus, dessen Lage und Einrichtung, gehören eigentlich gar nicht in diesen Etat. Wir haben es hier nur mit der Bergabteilung der Staatswerke zu thun. Die Bergabteilung, deren Minister ich noch bin, hat nur die technische und polizeiliche Aufsicht über die Privatwerke. Alles was die Verhältnisse von Bergarbeitern betrifft, gehört nach dem Berggesetz und der Gewerbeordnung nicht vor mein Forum, sondern vor das des Ministers für Handel und Gewerbe. Ich kann mich also nur über die fiscalischen Werke aussprechen, und in dieser Beziehung muß ich eine Reihe von Berichtigungen eintreten lassen. Von den sämtlichen 63 Staatswerken haben Ausstände nur stattgefunden an der Saar, und auch dort nicht bei der gesamten Belegschaft, sondern nur bei einem Theile. Ich habe das Vertrauen gehabt, daß die Bergarbeiter auf den königlichen Gruben sich der Bewegung fernhalten würden. Sie hatten diesen Vertrauen entzogen, als in der Nähe, in Belgien und Frankreich, vor einigen Jahren Bewegungen ausbrachen, welche dieselben Ziele wie der vorjährige Ausstand verfolgten. Das Arbeitercorps auf den Saargruben hat von jenen einen vorzüglichsten Aufschub, wie überhaupt unsere Bergarbeiter doch eigentlich einen ganz anderen Stand bilden als die anderen. Sie sind gewissermaßen ein Elitecorps, ausgezeichnet durch Tradition, besondere Wohlfahrtseinrichtungen und dergleichen. Der Charakter der Ausnahmestellung trat auch hier bei verschiedenen Gelegenheiten hervor, und ich habe oft meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben können, daß unter der Belegschaft selbst ein vorzügliches Verhältnis und ein eben solches mit der Verwaltung bestand. Deshalb war ich nicht wenig überrascht und habe es betrübt, daß die Bewegung von Westfalen nach dort hinübergriff. Die genaue Statistik ergiebt, daß die Bergarbeiter an der Saar wenigstens nicht schlechter gestellt waren, wie in anderen Revieren. Es ist ja zugegeben, daß in gewissen Theilen dieses Gebietes die Lebensmittel schwer sind, als anderswo; dagegen muß man aber weiter berücksichtigen, was alles dort geschehen ist in Wohlfahrtseinrichtungen, deren Zahl dort so viele wie kaum irgendwo anders befinden, die der Staat sich viel Geld hat kosten lassen. Indessen auch dort haben wir zu hören bekommen: es wird an anderen Stellen mehr gefordert, also müssen wir es auch. Nun will ich ja nicht leugnen, daß in einer so großen Verwaltung auch Fehler vorgekommen sind. Wo wird das nicht geschehen? Aber das will ich doch hier möglichst aussprechen, die auf meine Veranlassung stattgehabten Untersuchungen, die vor Gericht und die disciplinarien, haben in Bezug auf die oberen Beamten kein Resultat gehabt, welches den geringsten Maßstab werfen könnte auf ihre Integrität und Pflichttreue. Das vor dem Lande zu erklären, bin ich ihnen schuldig. Genso haben die Aussichtsbeamten in dieser schweren Zeit ihre Pflicht nach Kräften gethan. Gemäß hätte von ihnen in einzelnen Fällen mehr Geschick, mehr Voraussicht, mehr geschäftlicher Takt bewiesen werden können; das kann sein, aber daraus dürfen wir ihnen einen so schweren Vorwurf nicht machen, wie es in der Presse geschehen ist. Einige von den unteren Beamten, den Steigern, haben in den Untersuchungen schwere Vorwürfe getroffen; gegen diese Beamten ist mit aller Strenge vorgegangen worden, denn ich halte es für die Pflicht der Verwaltung, unmöglich daran zu halten, daß alle unreinen Elemente aus den Bergbeamten, welche irgendwie im Verdacht stehen, die Arbeiter drücken zu wollen, bestraft werden (Zustimmung), und diese unmöglich Strenge werde ich unbedingt wahren lassen. Ich bin noch weiter gegangen, wie die Verwaltung in Saarbrücken selbst; nicht bloß die in Untersuchung genommenen, sondern auch noch andere Unterbeamte sind mit der entsprechenden Strafe belegt worden; gerade in einer solchen Verwaltung kommt es absolut darauf an, keine Elemente zu haben; namentlich der Vorwurf der Bestechlichkeit ist leider bei einer kleinen Zahl von unteren Beamten bestätigt worden. Dieser Vorwurf ist geeignet, das ganze Corps zu discreditieren. Wollen wir, wie unser Allergnädigster Herr, die staatlichen Bergwerke zu Musteranstalten machen, so gilt dies namentlich von der Integrität der Beamten. Herr Bopelius hat gestern ein tabelndes Wort über den Bergbaupräsidenten einfließen lassen, der den einen der Hauptagitatoren wieder in den Dienst geholt hat. Ich will nicht sagen, daß seine Entscheidung in meinem Sinne gewesen ist. (Hört! hört!) Indessen muß ich Folgendes zu seiner Entschuldigung anführen: Es hätte eine Deputation von Bergleuten sich bei dem damaligen Ober-Präsidenten der Rheinprovinz angemeldet; dieser hatte die Annahme zugesagt und erbat sich einen Commissarius des Ober-Bergamts zur weiteren Besprechung mit der Deputation. Darauf wurde dieser Bergbaupräsident abgeordnet; er hat der Vorstellung beigelehnt, nachher mit dem Ober-Präsidenten konferiert, sich dann nach Saarbrücken begeben und unter dem Eindruck, daß man in Westfalen die sämtlichen Entlassungen wieder angenommen batte, sich veranlaßt gefühlt, bezüglich dieses Agitators ein Gleicht zu thun. Hätte er die Anfrage hierher nach Berlin gerichtet, so würde ich mit einem ganz entschiedenen „Nein!“ geantwortet haben. Er hat es anders aufgefaßt und geglaubt, nach bester Überzeugung so milde handeln zu sollen. Herr Bopelius hat dann die Organisation der Staatswerke als einer Aenderung und Ergänzung bedürftig bezeichnet. Ich will dem nicht widersprechen, ich habe auch den Eindruck, daß die Verwaltung der Staatswerke in dieser Richtung reformfähig ist. Die Bergleute haben ja bisher eine ganz andere Stellung als die übrigen Arbeiter eingenommen; es bestand für sie ein patriarchalisches Verhältnis mit gewissen Rechten und Pflichten. Dieses ist durch das Berggesetz von 1865 und später sehr modifiziert worden, und es ist vielleicht anzuerkennen, daß die Organisation auch in socialpolitischer Beziehung diesen Aenderungen nicht vollständig Rechnung getragen hat. Zu den Mängeln rechne ich besonders den Mangel der Führung zwischen der Verwaltung und den Bergleuten; diesen Mangel an Führung zu befehligen, muß eine Hauptaufgabe sein. Eine Arbeitsordnung für die Gruben sollte nicht aufgestellt werden, ohne daß man auch die Arbeiter darüber hört, sie über diese oder jene Bestimmung und deren Rückwirkung auf ihre Privat- und Familienverhältnisse befragt, auf ihre besonderen Wünsche, soweit sie erzielbar sind, ohne den Betrieb zu beeinträchtigen. Rückicht nimmt u. s. w. Diese Füllung auch für die Aufristung von Beschwerden muß vorhanden sein; unsere Acten sind größtenteils mit Belegen dafür, daß man auch über die Bergwerksdirektion und den Oberbergamt und an den Minister sich wenden kann. Der Abg. Schmiding sagte gestern, die Regierung habe im Mai v. J. Partei für die Arbeiter ergriffen; ich möchte doch fragen, wie und wo die Regierung ihm einen solchen Eindruck hervorgerufen hat. Die Aufgabe der Regierung ist, nach allen Seiten Gerechtigkeit zu üben (Beifall), sowohl gegen den Arbeiter wie den Arbeitgeber. Ich erinnere Sie an die Worte der Thronrede, wo dieser Gedanke sehr bestimmt zum Ausdruck gebracht ist. Dem Wunsche des Abg. Schmiding aber will ich mich anschließen: was wir hier auch sagen mögen, möge es dazu beitragen, daß der Friede zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wiederhergestellt werden möge, und wirken wir mit allen Kräften und gutem Willen dazu redlich mit, daß sich die Kluft zwischen ihnen schließe zum Segen des Patriandes. (Beifall!)

Abg. Windhorst: Ich hätte lieber geschwiegen, da jedes Wort, was hier gesprochen wird, ein großes Gewicht hat, ferner weil wir uns in einer Discussion befinden, welche weder ein bestimmtes Ziel noch eine feste Umgrenzung hat; zu bestimmten Ergebnissen führt diese Erörterung auch garnicht, dazu wäre notwendig gewesen, daß uns die Denkschrift offiziell vorgelegt worden wäre, daß uns auch die Acten vorgelegt worden wären, aus welchen sie entstanden ist. Auf mich hat die Denkschrift den Eindruck gemacht, daß die Absicht war, objektiv zu sein, daß aber doch an manchen Stellen Anlaß ist, die Acten einzusehen. Besser wäre es auch, Parlamentarier zu den Untersuchungen hinzuzuziehen, schon damit beim Publikum mehr Vertrauen erwacht wird. Wir müssen jetzt an die Regierung das Crux stellen, uns zu sagen, was sie jetzt mit den Ergebnissen der Untersuchung zu thun gedenkt. Wenn es sich nur um gesetzgeberische Schritte handelt, so würde ich sagen, lassen wir die Sache jetzt auf sich beruhen. Aber es geht noch andere Dinge, die sofort im Verwaltungswege geordnet werden können; diese Dinge hätten zweitmäßig in einer Commission erörtert werden können, dann würden die Erörterungen nicht ohnelegliches Ergebnis abgeschlossen. Herr Ritter hat meinen Auspruch gebilligt, daß alle Parteien sich zusammenfinden müssten, aber er hat die Haltung des Centrums gefordert. Das Centrum hat den ersten Anstoß gegeben zur Belebung mit diesen Arbeiterfragen. (WiderSpruch.) Schon 1877 hat Graf Galen die erste Auseinandersetzung gegeben; damals lachten Sie ihn aus, heute werden dieselben Grundsätze an hoher Stelle proclamirt, und wir sind glänzend gerechtfertigt. Das ermutigt mich, Ihnen meinen Schulanspruch recht bald wieder vorzulegen. (Heiterkeit.) So sehr arbeiterfreundlich Herr Dr. Ritter war damals Herr Friedenthal, der fürsichtiger leider heingegangen. Er wehrte sich dagegen, weil ihm soeben die Verwaltung der Domänen und Forsten überwiesen worden war, und er, wie er sich humoristisch ausdrückte, keine Meuterei hätte, zu den grünen auch noch die schwarzen Gesellen zu übernehmen. (Heiterkeit.) So mußte ich mich mit dem Gedanken vertraut machen, die Bergverwaltung selber weiter zu führen. Zweit aber, wo eine neue Persönlichkeit an die Stelle des Ministeriums für Handel und Gewerbe getreten ist, wird mir kein Mensch den Wunsch verdenken können, mich dieser Verwaltung zu entledigen, um so weniger, als für dieses Ministerium sonst ein vollkommen ausreichendes Arbeitsfeld kaum zu schaffen wäre. Die heute und auch wohl sonst bei diesem Etat zur Discussion gebrachten Verhältnisse des gesamten Bergbaus, dessen Lage und Einrichtung, gehören eigentlich gar nicht in diesen Etat. Wir haben es hier nur mit der Bergabteilung der Staatswerke zu thun. Die Bergabteilung, deren Minister ich noch bin, hat nur die technische und polizeiliche Aufsicht über die Privatwerke. Alles was die Verhältnisse von Bergarbeitern betrifft, gehört nach dem Berggesetz und der Gewerbeordnung nicht vor mein Forum, sondern vor das des Ministers für Handel und Gewerbe. Ich kann mich also nur über die fiscalischen Werke aussprechen, und in dieser Beziehung muß ich eine Reihe von Berichtigungen eintreten lassen. Von den sämtlichen 63 Staatswerken haben Ausstände nur stattgefunden an der Saar, und auch dort nicht bei der gesamten Belegschaft, sondern nur bei einem Theile. Ich habe das Vertrauen gehabt, daß die Bergarbeiter auf den königlichen Gruben sich der Bewegung fernhalten würden. Sie hatten diesen Vertrauen entzogen, als in der Nähe, in Belgien und Frankreich, vor einigen Jahren Bewegungen ausbrachen, welche dieselben Ziele wie der vorjährige Ausstand verfolgten. Das Arbeitercorps auf den Saargruben hat von jenen einen vorzüglichsten Aufschub, wie überhaupt unsere Bergarbeiter doch eigentlich einen ganz anderen Stand bilden als die anderen. Sie sind gewissermaßen ein Elitecorps, ausgezeichnet durch Tradition, besondere Wohlfahrtseinrichtungen und dergleichen. Der Charakter der Ausnahmestellung trat auch hier bei verschiedenen Gelegenheiten hervor, und ich habe oft meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben können, daß unter der Belegschaft selbst ein vorzügliches Verhältnis und ein eben solches mit der Verwaltung bestand. Deshalb war ich nicht wenig überrascht und habe es betrübt, daß die Bewegung von Westfalen nach dort hinübergriff. Die genaue Statistik ergiebt, daß die Bergarbeiter an der Saar wenigstens nicht schlechter gestellt waren, wie in anderen Revieren. Es ist ja zugegeben, daß in gewissen Theilen dieses Gebietes die Lebensmittel schwer sind, als anderswo; dagegen muß man aber weiter berücksichtigen, was alles dort geschehen ist in Wohlfahrtseinrichtungen, deren Zahl dort so viele wie kaum irgendwo anders befinden, die der Staat sich viel Geld hat kosten lassen. Indessen auch dort haben wir zu hören bekommen: es wird an anderen Stellen mehr gefordert, also müssen wir es auch. Nun will ich ja nicht leugnen, daß in einer so großen Verwaltung auch Fehler vorgekommen sind. Wo wird das nicht geschehen? Aber das will ich doch hier möglichst aussprechen, die auf meine Veranlassung stattgehabten Untersuchungen, die vor Gericht und die disciplinarien, haben in Bezug auf die oberen Beamten kein Resultat gehabt, welches den geringsten Maßstab werfen könnte auf ihre Integrität und Pflichttreue. Das vor dem Lande zu erklären, bin ich ihnen schuldig. Genso haben die Aussichtsbeamten in dieser schweren Zeit ihre Pflicht nach Kräften gethan. Gemäß hätte von ihnen in einzelnen Fällen mehr Geschick, mehr Voraussicht, mehr geschäftlicher Takt bewiesen werden können; das kann sein, aber daraus dürfen wir ihnen einen so schweren Vorwurf nicht machen, wie es in der Presse geschehen ist. Einige von den unteren Beamten, den Steigern, haben in den Untersuchungen schwere Vorwürfe getroffen; gegen diese Beamten ist mit aller Strenge vorgegangen worden, denn ich halte es für die Pflicht der Verwaltung, unmöglich daran zu halten, daß alle unreinen Elemente aus den Bergbeamten, welche irgendwie im Verdacht stehen, die Arbeiter drücken zu wollen, bestraft werden (Zustimmung), und diese unmöglich Strenge werde ich unbedingt wahren lassen. Ich bin noch weiter gegangen, wie die Verwaltung in Saarbrücken selbst; nicht bloß die in Untersuchung genommenen, sondern auch noch andere Unterbeamte sind mit der entsprechenden Strafe belegt worden; gerade in einer solchen Verwaltung kommt es absolut darauf an, keine Elemente zu haben; namentlich der Vorwurf der Bestechlichkeit ist leider bei einer kleinen Zahl von unteren Beamten bestätigt worden. Dieser Vorwurf ist geeignet, das ganze Corps zu discreditieren. Wollen wir, wie unser Allergnädigster Herr, die staatlichen Bergwerke zu Musteranstalten machen, so gilt dies namentlich von der Integrität der Beamten. Herr Bopelius hat gestern ein tabelndes Wort über den Bergbaupräsidenten einfließen lassen, der den einen der Hauptagitatoren wieder in den Dienst geholt hat. Ich will nicht sagen, daß seine Entscheidung in meinem Sinne gewesen ist. (Hört! hört!) Indessen muß ich Folgendes zu seiner Entschuldigung anführen: Es hätte eine Deputation von Bergleuten sich bei dem damaligen Ober-Präsidenten der Rheinprovinz angemeldet; dieser hatte die Annahme zugesagt und erbat sich einen Commissarius des Ober-Bergamts zur weiteren Besprechung mit der Deputation. Darauf wurde dieser Bergbaupräsident abgeordnet; er hat der Vorstellung beigelehnt, nachher mit dem Ober-Präsidenten konferiert, sich dann nach Saarbrücken begeben und unter dem Eindruck, daß man in Westfalen die sämtlichen Entlassungen wieder angenommen batte, sich veranlaßt gefühlt, bezüglich dieses Agitators ein Gleicht zu thun. Hätte er die Anfrage hierher nach Berlin gerichtet, so würde ich mit einem ganz entschiedenen „Nein!“ geantwortet haben. Er hat es anders aufgefaßt und geglaubt, nach bester Überzeugung so milde handeln zu sollen. Herr Bopelius hat dann die Organisation der Staatswerke als einer Aenderung und Ergänzung bedürftig bezeichnet. Ich will dem nicht widersprechen, ich habe auch den Eindruck, daß die Verwaltung der Staatswerke in dieser Richtung reformfähig ist. Die Bergleute haben ja bisher eine ganz andere Stellung als die übrigen Arbeiter eingenommen; es bestand für sie ein patriarchalisches Verhältnis mit gewissen Rechten und Pflichten. Dieses ist durch das Berggesetz von 1865 und später sehr modifiziert worden, und es ist vielleicht anzuerkennen, daß die Organisation auch in socialpolitischer Beziehung diesen Aenderungen nicht vollständig Rechnung getragen hat. Zu den Mängeln rechne ich besonders den Mangel der Führung zwischen der Verwaltung und den Bergleuten; diesen Mangel an Führung zu befehligen, muß eine Hauptaufgabe sein. Eine Arbeitsordnung für die Gruben sollte nicht aufgestellt werden, ohne daß man auch die Arbeiter darüber hört, sie über diese oder jene Bestimmung und deren Rückwirkung auf ihre Privat- und Familienverhältnisse befragt, auf ihre besonderen Wünsche, soweit sie erzielbar sind, ohne den Betrieb zu beeinträchtigen. Rückicht nimmt u. s. w. Diese Füllung auch für die Aufristung von Beschwerden muß vorhanden sein; unsere Acten sind größtenteils mit Belegen dafür, daß man auch über die Bergwerksdirektion und den Oberbergamt und an den Minister sich wenden kann. Der Abg. Schmiding sagte gestern, die Regierung habe im Mai v. J. Partei für die Arbeiter ergriffen; ich möchte doch fragen, wie und wo die Regierung ihm einen solchen Eindruck hervorgerufen hat. Die Aufgabe der Regierung ist, nach allen Seiten Gerechtigkeit zu üben (Beifall), sowohl gegen den Arbeiter wie den Arbeitgeber. Ich erinnere Sie an die Worte der Thronrede, wo dieser Gedanke sehr bestimmt zum Ausdruck gebracht ist. Dem Wunsche des Abg. Schmiding aber will ich mich anschließen: was wir hier auch sagen mögen, möge es dazu beitragen, daß der Friede zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wiederhergestellt werden möge, und wirken wir mit allen Kräften und gutem Willen dazu redlich mit, daß sich die Kluft zwischen ihnen schließe zum Segen des Patriandes. (Beifall!)

wo die Conjecturen Ihnen Lohnforderungen möglich machen; insbesondere hat dies die Strikebewegung im Berliner Baugewerbe gezeigt. Die Kohlenpreise sind theilweise um 100 Prozent gestiegen, die Lohn erhöhungen haben damit nicht gleichen Schritt gehalten. Zwar ist nicht zu verlangen, daß die Löhne genau im Verhältniß der Preissteigerung sich erhöben, aber in England sind Lohntabellen eingeführt, nach welchen sich der Lohn der Preissteigerung anschließt, und die Arbeiter haben auch ein Recht auf Vorteile von den Preissteigerungen. Unser Kohlenbergbau und unsere Eisenindustrie, deren gegenwärtiger Zustand sich unter den bestehenden Schutzmaßnahmen ausgebildet hat, ist wesentlich abhängig von großen Bestellungen auf öffentliche Betriebe; daher ist zu fürchten, daß der jetzigen Conjectur ein starker Rückfall folgen wird. Die Textilindustrie hat auch Schwierigkeiten, aber sie ist nicht von so jäh auftretenden Bestellungen beeinflußt. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Arbeitgeber in dem Lohnkampfe eine geschäftliche Niederlage erlitten haben. Vielleicht wäre dies zu vermeiden gewesen, wenn zwischen den leitenden Beamten und den Arbeitern die nötige Fühlung vorhanden gewesen wäre. Leider haben die Belehrungsveranstaltungen auch eine moralische Niederlage erlitten. Der Abgeordnete Bopelius hat es scharf getadelt, daß die Bergwerksverwaltung in Saarbrücken gegen diejenigen Arbeiter, welche wegen des Ausstandes entlassen oder strafrechtlich verfolgt waren, bat Milde walten lassen. Man sollte nicht glauben, daß in der Volksvertretung sich ein Mann finde, der gegen dieses Wort der Gnade Protest erhebt. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn ein Arbeiter mit dem Fabrikanten oder mit der Verwaltung persönlich in Conflict gerät, dann darf er sich nicht wundern, wenn er entlassen wird; dem Arbeiter aber darüber hinaus jede Arbeitsgelegenheit abzuschneiden, ihn wirtschaftlich zu ächzen, das geht über alles Maß hinaus, und doch ist dies bei der Sperrung im rheinisch-westfälischen Koblenzrevier vorgenommen. In der Denkschrift hat diese verwerfliche Maßnahme eine sehr weichherzige Beurtheilung gefunden. Nach meiner Meinung sollte man nicht nur der materiellen, sondern auch der spirituellen Hebung des Arbeiterstandes die größte Aufmerksamkeit schenken; Kirche, Schule, Vereinstätigkeit, Teilnahme an der Selbstverwaltung und an den Hilfsklasen müssen gleichmäßig mitwirken. Soll die geplante Arbeiterschulgegebung den Frieden und die Versöhnung herbeiführen, so muß dem Arbeiter das Gefühl beigebracht werden, daß er in freier Wahl die Männer seines Vertrauens in die Arbeiterauschüsse entsenden kann. Die Feindseligkeit, welche Herr Ritter heute gegen das Coalitionsrecht überhaupt befand, könnte diese Reformgelehrung geradezu gefährden. „Videant consules!“ rief man, wenn man die bestehenden Gesetze suspendierte und die Dictatur einführen wollte; dagegen aber möchte ich mich in Arbeiterfragen vernehmen. Von den nachteiligen Folgen der Ausnahmegesetze, und vor Allem des Socialistengesetzes, haben wir gerade genug. Wie weit man es mit der freien Selbsttätigkeit der Arbeiter bringen kann, zeigt das Beispiel Englands; statt diesen Vorgang zu acceptieren, ruft man gar nach einer Verstaatlichung des Bergbaus. Möge der Staat in seinen Wohlfahrtseinrichtungen vorangehen, die Privaten werden ihm folgen. (Beifall links.)

Hierauf verzogt sich das Haus.

Schlüß gegen 4 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beurtheilung.

Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.

* Berlin, 14. März. Der Kaiser unternahm gestern Nachmittag einen Spazierritt nach dem Grunewald. Später empfing der Kaiser den Großherzog von Baden. Heute Vormittag wohnte der Kaiser einer Truppenübung hiesiger Garderegimenter im Westen von Berlin bei.

Der Herzog v. Connaught hat gestern mit seiner Gemahlin, Tochter des verstorbenen Prinzen Friedrich Carl von Preußen, Indien nach mehrjährigem Aufenthalt verlassen und wird über China, Japan, Canada seine Rückreise nach England antreten. Sein ehemaliger Erzieher und bisheriger Schatzmeister und Controleur seines Haushalts, Generalmajor Sir Elphinstone wurde auf der Reise von England nach Teneriffa am 8. d. M. durch eine Sturzwelle über Bord gespült und ertrank (wie bereits gemeldet) vor den Augen seiner Gattin und Tochter.

Der Reichskanzler hat nach der Kreuzzeitung eine längere Unterredung mit dem Abg. Windhorst gehabt.

Der Reichskanzler hat für die Sitzungen der Arbeiterschutzkonferenz die Prachtäale im ersten Stock seines Palais zur Verfügung gestellt. Dort im Conferenzsaale, der sich durch die ganze Suite des Palais erstreckt, wird Sonnabend, Nachmittag 2 Uhr, die Eröffnung der Sitzungen stattfinden. Frhr. v. Berlepsch wird die erschienenen Bevollmächtigten im Auftrage des Kaisers in französischer Sprache begrüßen. Daran werden sich vermutlich die üblichen Formalitäten: Verificirung der Delegirtenmandate, Ernennung des Secretärs und Feststellung der Geschäftsordnung, anschließen.

Die der Berliner Conferenz morgen vorzulegende Geschäftsordnung schreibt vor, daß während der Dauer der Verhandlungen über die Erörterungen der Conferenz nichts publicirt werden soll, was selten oder nie strict durchzuführen war. Aller Voraussicht nach dürften die Sitzungen der Conferenz bereits Vormittags um 10 oder 11 Uhr beginnen.

Der Fürstbischof Dr. Kopp ist heute Mittag aus Breslau hier eingetroffen. Die Berufung des Fürstbischofs in die internationale Arbeiterschutz-Conferenz wird in clericalen Kreisen damit erklärt, daß der Papst den Wunsch gehabt habe, über die Verhandlungen der Conferenz von ihm nahestehender Seite informiert zu werden, und die preußische Staatsregierung von diesem Gesichtspunkte aus den Fürstbischof zugezogen habe.

Der commandirende General des 13. Armeecorps, General der Cavallerie von Alvensleben, welcher auch gestern vom Kaiser empfangen und mit einer Einladung zur kaiserlichen Tafel beehrt worden war, hat sich gestern Abend von hier nach Stuttgart zurückgegeben.

Nach einer Meldung der „Rhein-Westf. Ztg.“ ist der Contreadmiral v. Walois, bisher Werftdirector in Kiel, an Stelle des Contreadmirals Deinhard zum Chef des Kreuzergeschwaders, und Capitän d. S. v. Diederichs zum Werftdirector in Kiel ernannt worden.

Geh. Rath Hinzpeter soll, wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, demnächst in eine amtliche Stellung berufen werden; er hat die ihm vom Kartellverein im ersten Berliner Wahlkreise angebotene Candidatur abgelehnt.

Der Landtagsabgeordnete Springorum,

Oeffnerpersonal vermehr werden. Es seien dazu über 100 Batterien erforderlich; so viele würden aber nicht verlangt, dagegen müssen die 77, jetzt nur 4 bespannte Geschüze zählenden Batterien auf 6 bespannte Geschüze gebracht werden, ebenso alle neu zu errichtenden Batterien. Das erfordere eine einmalige Ausgabe von 20 Millionen; dazu komme eine einmalige Ausgabe für die Completierung der Pioniere und des Trains in Folge der Neuauflistung des 16. und 17. Armeecorps.

In der Tarifcommission des Abgeordnetenhauses hat Abgeordneter Schöller folgenden Antrag eingebrochen: Die Commission wolle sich dafür aussprechen, daß das Haus der Abgeordneten die Verwaltung der königl. preußischen Staatsbahnen erfuhe, auf der Generalversammlung deutscher Eisenbahnverwaltungen die Einführung einer ermäßigen Stückgutlasse auf allen deutschen Bahnen für Güter aller Art, welche in Mengen von 1 bis 2 Tonnen zur Aufgabe gelangen, zu unterstehen oder, falls die Einführung dieser Sonnenstückgutlasse nicht für Deutschland zu erreichen sein sollte, dieselbe für das Gebiet der preußischen Staatsbahnen einzuführen, das Prinzip der Tarifbildung nach fallender Scala, nämlich, daß mit zunehmender Länge des Transportweges der Einheitstarif für die Strecke allmälig abnehmen solle, immer mehr und mehr durchzuführen, bis man zu einer generellen Anwendung gelangt; ferner Ermittlungen anzustellen, wie das Verhältniß der Taras zur Rettolast zu vermindern, ob insbesondere dies zu bewerkstelligen sei durch Einführung von Wagen mit größerer Tragfähigkeit und, falls diese Ermittlungen gänztig ausfallen, mit Anschaffung resp. Herrichtung solcher Wagen vorzugehen.

Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Geischtwurfs über die Regulirung der nicht schiffbaren Flüsse Schlesiens gelangte gestern Abend zur Specialberathung über Art. 1 der Vorlage. Hierzu war eine größere Anzahl Abänderungs-vorschläge gemacht, die dahin gingen, daß nicht der Kreis, sondern die Brünig Träger der Lasten sein solle, daß Stromräder mit weitgehenden Bequemissen gebilbet, und endlich, daß Garantien gegen eine Überbürdung der Kreise durch die Räumungs- und Unterhaltungskosten geschaffen werden sollen. Zur Abstimmung über die einzelnen Abänderungsanträge gelangte die Commission noch nicht.

Der Finanzminister hat am 8. d. M. an sämtliche königl. Regierungen einen Erlass gerichtet, in dem es heißt: Zur Vorberathung der Klassensteuerveranlagung für das Jahr 1890/91 sind seitens einzelner Landräthe durch die Kreisblätter Bekanntmachungen veröffentlicht worden, in welchen den Ortsbehörden die Weisung ertheilt wird, als regelmäßige Norm für die Schätzung des Einkommens aus selbstbewirtschaftetem Grundbesitz bei geringerem Umfange und Steuerreinerträgen ein höheres Vielfaches des letzteren anzuwenden als bei größeren Besitzungen. Wie jedoch nach den Verhandlungen in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 21. Januar und 8. Februar als bekannt vorausgesetzt werden darf, haben Anweisungen dieser Art durch ihre Fassung mehrfach zu Missdeutungen Veranlassung gegeben, als werde dadurch eine verhältnismäßig schärfere Besteuerung der geringeren Einkommen herbeigeführt. Mit Rücksicht auf diese Verhandlungen veranlaßte ich die königl. Regierungen, dafür Sorge zu tragen, daß in den zur Belehrung der Ortsbehörden eines Kreises bestimmten Veröffentlichungen die Aufstellung bestimmter, mit der Größe des Besitzes abnehmender Multiplikatoren - verhindert und jederzeit auf die Unentbehrlichkeit einer sorgfältigen Berücksichtigung der obwaltenden besonderen Verhältnisse der zu veranlagenden Wirtschaft ausdrücklich aufmerksam gemacht werde.

Der „Reichsanzeiger“ berichtet das Wirtschaftsjahr 1889 und gelangt zu folgendem Schluß: Immerhin scheinen die Zahlen den Aufschwung der Industrie und der Consumationsfähigkeit des inneren Marktes zu bestätigen, während sie darthun, daß das landwirtschaftliche Gewerbe nicht den entsprechenden Nutzen gehabt hat.

Wie aus München gemeldet wird, werden dem geschlossenen Compromiß zufolge die Altkatholiken nunmehr von der katholischen Kirche geschieden. Damit sind die Forderungen der Bischöfe, aber nicht die des Centrums erfüllt; wahrscheinlich giebt sich aber auch dieses zufrieden.

Im Culiusministerium ist jetzt, dem „Evang. Kirch. Anz.“ zufolge, die Entscheidung ebenfalls zu Gunsten des Nachdruckschen Domplans ausgefallen. Der Voranschlag des Planes, welcher nach seiner jetzt erfolgten Umarbeitung von einer Verbindung des Doms mit dem Schlosse Abstand nimmt, berechnet die Kosten des Baues auf etwa 22 Millionen Mark.

Ende dieses Monats werden die dem Ministerresidenten Grafen von Tattenbach zugestellten Offiziere verschiedener Garderegimenter, welche an der zum Sultan von Marokko Muley Hassan gehenden Gesandtschaft teilnehmen sollen, nach Antwerpen abreisen. Wie vor 13 Jahren und wie es bei orientalischen Herrschern unvermeidlich ist, wird die Gesandtschaft im Auftrage des Kaisers zahlreiche und umfangreiche Geschenke für den Sultan und die Großen seines Reichs mitnehmen.

Welche Abgeschmacktheiten gegenwärtig über die deutschen Verhältnisse im Auslande verbreitet werden, zeigt nachstehende Mitteilung: Der „Fig.“ läßt sich aus vaticanischen Kreisen berichten, Kaiser Wilhelm habe in einer Unterhaltung mit Windthorst auf die von diesem gestellten Bedingungen für das Zusammengehen des Centrums mit der Regierung geantwortet: Im Innern will ich, was Sie wollen, und wir werden uns leicht verständigen; was aber den Papst anbetrifft, so seien Sie zurückhaltend in Ihren Forderungen und vergessen Sie nicht, daß ich der Bundesgenosse von Italien bin.

Weitere Schreckensbotschaften kommen aus Amerika. So meldet ein Kabel-Telegramm aus New York, daß die Überschwemmung im Mississippithal einen entsetzlichen Umfang angenommen hat. Der Strom ist so hoch gestiegen, wie niemals zuvor, in Arkansas steht er 15' über dem normalen Niveau. Alle Straßen sind einige Fuß unter Wasser; die Dämme halten nirgends mehr Stand, so daß sich die Fluthen unaufhaltsam über die Niederungen von Louisiana ergießen. Unzähliges Vieh ist ertrunken, viele Baumwollfelder sind verwüstet, Alles steht. Von Cairo und St. Louis ab ist die Bahnverbindung mit dem Mexikanischen Golf ganz unterbrochen. (Bergl. W. T. B.)

Die Zimmerleute Berlins und Umgegend hielten gestern eine von 2000 Personen, besuchte öffentliche Generalversammlung ab zur Beschlusssfassung über die Frage, ob die vorjährigen Forderungen auf 9 stündige tägliche Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn in diesem Jahre endgültig durch einen theilweisen oder allgemeinen Aussstand zur Durchführung gebracht werden sollen. Schließlich wurde beschlossen, daß, sofern die Arbeitgeber bis zum 10. Mai nicht durchweg die 9 stündige Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn bewilligt haben, ein allgemeiner Aussstand eintreten soll.

Die Gärtnergehilfen Berlins beschlossen, den Arbeitgebern folgende Forderungen vorzulegen: 1) für Handels- und Gemüsegärtner 11 stündige Arbeitszeit und 25 Mark Monatslohn bei voller Station, ohne Station 18 Mark wöchentlich; 2) für Baumjäghulen 10 stündige Arbeitszeit; 3) für Landwirtschaftsgärtner die selbe Arbeitszeit und 35 Pf. Stundenlohn. Für Sonntagsarbeit und Überstunden sind besondere Bestimmungen noch aufzustellen. Sofern diese Forderungen nicht durch bestimmte Zusicherungen erfüllt werden, soll am 15. d. M. gekündigt und am 1. April in den Aussstand, den ersten seit 1872, eingetreten werden.

Sämtliche Tabak-Fabriken in Braunschweig entlassen morgen ihr ganzes Arbeitpersonal wegen schwerer Differenzen mit

den dortigen Tabakarbeitern. Dadurch werden für den Augenblick 500 Arbeiter brotlos.

* Berlin, 14. März. Der Kaufmann Adolf Grünwald in Breslau ist zum Handelsrichter in Breslau ernannt worden.

Rechtsanwalt Gottsmann in Bauerwitz ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bauerwitz ernannt worden.

In die Liste der Rechtsanwälte wurde eingetragen Justizrat Baum aus Lauban beim Landgericht in Erfurt.

Zu Gerichtsausschüssen wurden ernannt die Referendar Sadow, Georg Friedrich und Lütke im Bezirk des Oberlandesgerichts Breslau.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Nachen, 14. März. Auf der Grube „Nordstern“ bei Bardenberg fand vergangene Nacht eine Explosion schlagender Wetter statt. Ein Bergmann wurde getötet, zwei wurden leicht verletzt.

Wien, 14. März. Smolka erhielt anlässlich seiner zehnjährigen Präsidenschaft des Abgeordnetenhauses eine von allen Ministern und Abgeordneten unterzeichnete Anerkennungssadresse.

Paris, 14. März. Tirard wies in dem heutigen Ministrerrathe auf die am 20. März in der Kammer bevorstehende Debatte über die Interpellation Turrel betreffs des französisch-türkischen Handelsvertrages hin und erklärte, man müsse in diesem Falle eines ähnlichen Votums Seitens der Kammer, wie des gestrigen Senatsvotums gewörtig sein. Mit Rücksicht hierauf und auf die Ereignisse der letzten Zeit beschloß das Cabinet die Demission. — Nachmittags 5 Uhr treten die Mitglieder des Cabinets im Elisee zusammen.

Paris, 14. März. Carnot hatte Nachmittags Besprechungen mit den Präsidenten des Senats und der Kammer. Es heißt, er werde Freycinet für heut Abend nach dem Elysée bescheiden. — Senat. Spuller teilte mit, daß Ministerium habe in Folge der gestrigen Abstimmung seine Entlassung eingereicht; er glaubte daher nicht, daß die Frage des Admirals Veron betreffs der Fischerei in den Gewässern Neufundlands beantwortet werden könne.

Paris, 14. März. In parlamentarischen Kreisen wird es für wahrscheinlich gehalten, daß Freycinet mit der Bildung des neuen Cabinets beauftragt wird. Es verlautet, Constance und Ribot würden in dasselbe eintreten und Gaye und Fallières ihre bisherigen Portefeuilles behalten.

Paris, 14. März. In parlamentarischen Kreisen verlautet, Freycinet werde ein Versöhnungsministerium bilden; gerüchtmäßig verlautet, Constance werde das Ministerium des Außen oder das Justizministerium übernehmen.

Paris, 14. März. In parlamentarischen Kreisen wird versichert, Freycinet habe in seiner Unterredung mit Carnot darauf hingewiesen, daß die Combination Freycinet-Constance-Bougeois von der Kammer günstig aufgenommen werden würde.

Paris, 14. März. Die „Liberté“ bestätigt das Gerücht, Freycinet werde mit der Bildung des neuen Cabinets beauftragt werden, sein Portefeuille abgeben und das Ministerium des Außen übernehmen.

Der „Tempo“ verurtheilt auf das schärfste das gestrige Votum des Senats, durch welches nicht nur der Minister, sondern auch das Interesse Frankreichs betroffen würde. Der Senat schädigte aus blindem protectionistischen Interesse den Handel und die Stellung Frankreichs in der Levante und habe eine Ministerkrise angehts einer bevorstehenden Anleihe herausbeschworen.

London, 14. März. Unterhaus. Fergusson erklärt, die Instructionen der britischen Vertreter auf der Berliner Konferenz seien conforme der Antwort der britischen Regierung an die deutsche Regierung.

Liverpool, 14. März. Auf den hiesigen Docks feiern etwa fünfzigtausend Arbeiter. Mehrere Arbeiter, welche keinem Gewerkschaftsverein angehören, wurden angegriffen. In den Kasernen Liverpools sind heute 500 Mann Truppen aus Wellington eingetroffen. Aus entfernten Städten sind etwa zweihundert Arbeiter hier angekommen, welche keinem Gewerkschaftsverein angehören, um die Streikenden zu erschrecken; ihr Erscheinen hat die Erregung der Arbeiter noch gesteigert.

Manchester, 14. März. Da die Grubenbesitzer keine Konferenz abgehalten haben, um die letzten Forderungen der Arbeiter zu berathen, so sendete heute der Vollzugsausschuß der Arbeiter an die Ausschüsse der verschiedenen Gruben ein Telegramm, welches den allgemeinen Aussstand von morgen ab anordnet.

Kopenhagen, 14. März. Der Ausschuß des Landstings für Errichtung eines Freihafens in Kopenhagen stimmt der Vorlage als einer wirkamen Stütze des Handels und der Seefahrt zu, genehmigt, daß die Anlage und der Betrieb einer Aktiengesellschaft übertragen werde, und empfiehlt die baldige Aufhebung der Hafenabgaben.

New-Orleans, 14. März. Der durch das Austrreten des Mississippi verursachte Schaden ist bisher nicht erheblich. Den größten Verlust erleiden die Kaufleute, welche Zuckerlager in den überfluteten Stadttheilen besitzen. Viele am Flusse gelegenen Städte sind mehr oder weniger beschädigt. Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen. Um Mitternacht ergoss sich das Wasser über die Dämme. Die Arbeiterabteilungen beobachteten den Lauf des Wassers und besserten die schwachen Stellen der Dämme aus.

New-York, 13. März. Zuckerbörse. Fair refining muscovadoes 53^{1/2}.

Glasgow, 14. März. Roheisen. 13. März. 7 D. 150 Sh. 11 D. (Schüsselbericht.) Mixed numbers warrants.

Kammzug-Terminkontrakt. Leipzig, 14. März. [Originaldepesche von Berger & Co. in Leipzig.] 4,97^{1/2} Verkäufer. — 4,95 Käufer.

Gulden auf. Der Verwaltungsrath beantragt eine Dividende von 8 Gulden und die Uebertragung von 303 228 Gulden auf die Rechnung des nächsten Jahres. Die Gewinne aus der Abwicklung der Geschäfte bezgl. der Ungarischen Länderbank, der bulgarischen Anleihe, der Pfandbrief-Conversion, des galizischen Bodencredit-Instituts, sowie der galizischen Propinationsanleihe bleiben der Verrechnung für 1890 vorbehalten.

Berlin, 14. März. Fondsbörse. Unbefriedigende Berichte vom amerikanischen Eisenmarkt, sowie die Gestaltung des Geldmarktes hatten hente beim Beginn zu matter Haltung die Motive abgegeben; die Speculation bleibt stark empfindlich für ungünstige Momente, insbesondere bleibt die Baissepartei auf qui vive! während die Haussiers leicht zu Realisierungen schreiten. Im Allgemeinen beschränkte sich der Verkehr auf Transactionen der Tagesspeculation, die Theilnahme des Privatpublikums bleibt dem Geschäft fern; daraus erklären sich die raschen Wandlungen der Tendenz, wie auch der Umstand, dass sich die Coursentwicklung in nicht sehr erheblichen Dimensionen bewegt. Von Banken wurden besonders Commandit-Antheile und Dresdner Bank angegriffen, die einige Procente niedriger umgingen; die übrigen Bankwerthe konnten sich ziemlich behaupten; Credit 172,40—172,25—173—172,75, Nachbörse 172,10; Commandit 234,90—235,25—234,90—235,90—235,10, Nachbörse 234,60; Montanwerthe nachgebend; Bochumer 189,60—189,25—190—187 bis 189,40; Dortmund 100—99,90—100,50—100,75, Nachbörse 98,40; Laura 153,75—154,25—153,25—154, Nachbörse 151,75; Kohlenwerthe: Harpener 233—235,50—232,50—237,50—235,50, Nachbörse 231,50; Donnersmarckhütte 86,10—86,90, Nachbörse 86,50. Oesterreichische Bahnen wenig verändert, nur Franzosen schwach, 93,75—94,25, Nachbörse 94,00. Deutsche und fremde Bahnen gut behauptet. Fremde Renten lustlos, auf knappen Geldstand resp. auf Befürchtung eines solchen abrückelnd; 1890er Russen 94,40, Nachbörse 94,50; russ. Noten 222,25—221,75—222, Nachb. 222; 40% Ungarn 87,25—87,40, Nachb. 87,40. Türkenseite gefragt. Im weiteren Verlaufe gewann die Tendenz wieder an Festigkeit, bis gegen Schluss auf Meldungen über die Demission des französischen Ministeriums die Tendenz wieder schwächer wurde. Schluss schwach. Am Cassamarkt lagen deutsche Eisenbahn-Aktionen ebenso wie österreichische und russische Bahnen still und schwächer. In Cassabanken fanden nur sehr unbedeutende Umsätze statt, zumeist bei etwas ermässigten Courses. Für Berg- und Hüttenwerke war Verkaufsnegligenz vorherrschend. Inländische Anlagewerthe ruhig, eher etwas abgeschwächt; es verloren 3½ procentige Consols und 3½ procentige Reichsanleihen je 0,10 pCt., 4 procent Consols büsst 0,05 pCt. ein. Oesterreichisch-Ungarische Prioritäten still, aber ziemlich fest. Russische Prioritäten vorwiegend fest; Rjasan-Koslow, Kursk-Kiew, Brest-Grajewo und Warschau-Wiener gingen lebhafter um.

Berlin, 14. März. Produktionsbörse. Von auswärtigen Märkten lagen heute fast nur feste Berichte vor, aber im hiesigen Verkehr kamen sie wegen einer andauernden Realisations-Periode nur wenig zur Geltung. — Loco Weizen behauptet. Termine wurden zwar unter dem Eindruck der meist festen auswärtigen Notirungen etwas theurer bezahlt, namenlich waren für spätere Sichten die Abgaben knapp, aber nahe Lieferung wurde ziemlich reichlich angeboten; die Tendenz war daher nur wenig fest, am wenigsten am Schlusse. — Loco Roggen ging zu behaupteten Preisen wenig um. Im Terminkreis zeichneten sich hente, wie in Weizen, spätere Sichten durch guten Begehr der Commissionäre aus, der theilweise auf Ankäufe für russische Rechnung zurückgeführt wurde. Nahe Lieferung wurde in Realisation angeboten und war nur wenig besser, so dass der Export etwas zurückging. — Loco Hafer schwach behauptet. Termine, nach festem Anfang ermattend, schlossen ungefähr wie gestern. — Roggenmehl gut preishaltend. — Mais effektiver Waare matt. Termine flau und niedrig. — Rüböl fest, indess nur in nahen Terminen merklich theurer, im Allgemeinen nur wenig belebt. — Spiritus bekundete eher festere Tendenz, aber die bezahlten Preise waren nicht nennenswert höher; das Geschäft war sehr mässig.

Posen, 14. März. Spiritus loco ohne Fass 50er 52,50, 70er 32,90, Tendenz: Still. Wetter: Prachtwetter.

Hamburg, 14. März, Nachmittags. Kaffee. Good average Santos per März 89, per Mai 82, per September 87^{1/2}, per December 84. — Tendenz: Behauptet.

Amsterdam, 14. März. good ordinary 58.

Havre, 14. März, Vorm. 1 Uhr 2 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann Ziegler and Co.) Kaffee. Good average Santos per März 89, per Mai 82, per September 87^{1/2}, per December 84. — Tendenz: Behauptet.

Zuckermarkt. Hamburg, 14. März, 9 Uhr 10 Min. Abends. (Telegramm von Arenthal & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.) März 12,40, Mai 12,62, Juli 12,80, August 12,87, October-Decr. 12,55. Tendenz: Ruhig.

Paris, 14. März. Zuckerbörse. Anfang. Ronzucker 88° behauptet, loco 30—30,25, weisser Zucker ruhig, per März 34,75, per April 35,10, per Mai-August 35,75, per October-Januar 35,75.

Paris, 14. März. Zuckerbörse. Schluss. Rohzucker 88° behauptet, loco 30—30,25, weisser Zucker behauptet, per März 35, per April 35,25, per Mai-August 35,80, per October-Januar 35,80.

London, 14. März. Zuckerbörse. 96% Java-Zucker 15^{1/4}, stetig. Rüböl-Rohzucker (neue Ernte) 12^{1/2}. Stetig.

London, 14. März, 11 Uhr 58 Min. Zuckerbörse. Stetig. Bas. 88%, per März 12, 5^{1/4}, per April 12, 6, per Mai 12, 7^{1/2}, per October-December 12, 6.

Newyork, 13. März. Zuckerbörse. Fair refining muscovadoes 53^{1/2}.

Glasgow, 14. März. Roheisen. 13. März. 7 D. 150 Sh. 11 D. (Schüsselbericht.) Mixed numbers warrants.

Kammzug-Terminkontrakt. Leipzig, 14. März. [Originaldepesche von Berger & Co. in Leipzig.] 4,97^{1/2} Verkäufer. — 4,95 Käufer.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin, 14. März, 3 Uhr 40 Min. (Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.) Flau, vom Bergwerksmärkte aus.

Cours vom 13. 14. Cours vom 13. 14. Ostpr. Südb.-Act. ult. 88 50 87 62

Disc. Command. ult

Berlin. 14. März. [Amtliche Schluss-Course.]

Abgeschwächte Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Course vom 13. | 14.

Galiz. Carl-Ludw. ult. 83 90 | 84 10

Gotthardt-Bahn ult. 169 — 168 40

Lübeck-Büchen ... 176 70, 176 10

Mainz-Ludwigshaf. 123 — 122 20

Mecklenburger ... 168 30 168 50

Mitteimeeroann ult. 107 37 107 20

Warschau-Wien. ult. 191 50 192 —

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Breslau-Warschau. 60 40; 58 80

Bank-Aktion.

Bresl. Disconto-bank. 111 60, 111 70

do. Wechslerbank. 108 — 108 —

Deutsche Bank. ... 170 — 169 75

Disc.-Command. ult. 235 70, 235 20

Oest. Cred.-Anst. ult. 172 70, 172 60

Scies. Bankverke. 127 70, 127 50

Industrie-Gesellschaften.

Archimedes ... 142 — 144 —

Bismarckhütte ... 217 — 216 90

Bocinum-Gussstahl. ult. 192 25 188 —

Brsl. Bierbr. Wiesner — — —

do. Eisenb. Wagend. 169 70 | 169 50

do. Pferdebahn ... 143 20 | 143 20

do. verein. Oeifab. 92 60 | 92 10

Donnersmarckh. ult. 88 30 | 87 —

Dorm. Union St.-Pr. 102 60 | 100 70

Erämannsdörf. Spinn. 104 — 103 20

Fraust. Zuckerfabrik 153 20 | 155 —

Gieseck Cement ... 136 — 136 —

Görlitz-Bd. (Lüders) 169 50 | 168 30

Hoim.Waggonfabrik 174 — 173 —

Kattowitz. Bergb.-A. 139 — 139 —

Kramsta Leinen-ind. 142 70 | 142 20

Laurahütte ... 155 80 | 154 20

NobelDyn. Tr.-Cult. 154 50 | 156 50

Obschl. Chamotte-F. — — —

do. Eisb.-Bed. 109 20 | 108 —

do. Eisen-Ind. 192 70 | 194 60

do. Portl.-Cem. 134 50 | 133 —

Oppeln. Portl.-Cemt. 155 20 | 116 —

Redenhütte St.-Pr. 126 — 125 —

do. Oblig. — — —

Schlesischer Cement 165 20 | 165 50

do. Dampf.-Comp. 120 20 | 120 70

do. Feuerversich. — — 2020 —

do. Zinkh. St.-Act. 187 20 | 187 —

do. St.-Pr.-A. 186 70 | 187 —

Tarnowitz Act... 26 — 25 90

do. St.-Pr. 99 70 | 99 —

Privat-Discon. 33/4%

Köln. 14. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 20, 40, per Mai 20, 50. — Roggen loco —, per März 16, 85, per Mai 16, 90. — Rüböl loco —, per Mai 69, 70, per October 59, 90. — Hafer loco 16, 00.

Stadt-Theater.

Sonnabend. (Erhöhte Preise: Parquet 4 Mk. ic.) Zweites und vorletztes

Gastspiel des Fr. Agnes Sorma vom Deutschen Theater in Berlin.

"Dorf und Stadt." Schauspiel

in 5 Acten von Ch. Birch-Pfeiffer. (Vorle: Fr. Agnes Sorma.)

Sonntag Abend. "Lohengrin."

Große romantische Oper in 3 Acten von R. Wagner.

Nachmittag. (Halbe Preise.) "Die lustigen Weiber von Windsor."

Komisch-phantastische Oper mit Tanz in 3 Acten von O. Nicolai.

Lobe - Theater.

Sonnabend. "Das Bild des Signorelli."

Sonntag, Nachm. 4 Uhr. "Der Kernpunkt."

Abends 7 1/2 Uhr. "Das Bild des Signorelli."

Montag. "Das Bild des Signorelli."

Thalia - Theater.

Direction Georg Brandes.

Sontag. "Der Bibliothekar."

Schwan in 4 Acten von G. von Moser. [3514]

Der Vorverkauf der Billets findet

heute Sonnabend von 10 bis 3 Uhr

bei Herrn L. A. Schlesinger, Ring Nr. 10/11, Eing. Büchertplatz, statt.

Residenz-Theater.

Sonnabend. "Verolina."

Sonntag u. Montag. "Verolina."

Verein für class. Musik.

Spohr, Septett, A-moll, op. 147, f.

Clavier, Blas- u. Streichinstrument.

Ad. Heuselt, Variationen a. d.

"Liebestrank", op. 1.

Beethoven, Streichtrio, C-moll, op. 9,

Nr. 3.

Clavier: Fr. Schmölders und

Dr. Polko. [3400]

Flügel v. Bechstein a. d. Magazin

von Grosspietsch.

Gastbillets (M. 1) bei Offhaus,

Königsstrasse.

Singacademie.

Dinstag, 18. März, Abends 7 Uhr,

im Concerthause:

III. Abonnement-Concert.

Judas Maccabäus,

Oratorium von Händel.

Bearbeitung von Carl Müller.

Soli: Frau Schmitt-Csányi, Fräulein Stephan, Herr Dierich aus Schwerin

und Herr Professor Kühn.

Billets zu 3, 2 und 1 Mark sind in

der Schletter'schen Buchhandlung

zu haben. [3142]

Singacademie.

Morgen, Sonntag, halb 12 Uhr:

Chorprobe mit Orchester im Concerthause.

[3405]

Montag, halb 6 Uhr: Generalprobe.

Felix Lohr,

Lehrer für Clavier, Clavier u. Violin,

Martinistr. 8, nahe am Gneisenauplatz.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Breslau-Warschau. 60 40; 58 80

Bank-Aktion.

Bresl. Disconto-bank. 111 60, 111 70

do. Wechslerbank. 108 — 108 —

Deutsche Bank. ... 170 — 169 75

Disc.-Command. ult. 235 70, 235 20

Oest. Cred.-Anst. ult. 172 70, 172 60

Scies. Bankverke. 127 70, 127 50

Industrie-Gesellschaften.

Archimedes ... 142 — 144 —

Bismarckhütte ... 217 — 216 90

Bocinum-Gussstahl. ult. 192 25 188 —

Brsl. Bierbr. Wiesner — — —

do. Eisenb. Wagend. 169 70 | 169 50

do. Pferdebahn ... 143 20 | 143 20

do. verein. Oeifab. 92 60 | 92 10

Donnersmarckh. ult. 88 30 | 87 —

Dorm. Union St.-Pr. 102 60 | 100 70

Erämannsdörf. Spinn. 104 — 103 20

Fraust. Zuckerfabrik 153 20 | 155 —

Gieseck Cement ... 136 — 136 —

Görlitz-Bd. (Lüders) 169 50 | 168 30

Hoim.Waggonfabrik 174 — 173 —

Kattowitz. Bergb.-A. 139 — 139 —

Kramsta Leinen-ind. 142 70 | 142 20

Laurahütte ... 155 80 | 154 20

NobelDyn. Tr.-Cult. 154 50 | 156 50

Obschl. Chamotte-F. — — —

do. Eisb.-Bed. 109 20 | 108 —

do. Eisen-Ind. 192 70 | 194 60

do. Portl.-Cem. 134 50 | 133 —

Oppeln. Portl.-Cemt. 155 20 | 116 —

Redenhütte St.-Pr. 126 — 125 —

do. Oblig. — — —

Schlesischer Cement 165 20 | 165 50

do. Dampf.-Comp. 120 20 | 120 70

do. Feuerversich. — — 2020 —

do. Zinkh. St.-Act. 187 20 | 187 —

do. St.-Pr.-A. 186 70 | 187 —

Tarnowitz Act... 26 — 25 90

do. St.-Pr. 99 70 | 99 —

do. Privat-Discon. 33/4%

Köln. 14. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 20, 40, per Mai 20, 50. — Roggen loco —, per März 16, 85, per Mai 16, 90. — Rüböl loco —, per Mai 69, 70, per October 59, 90. — Hafer loco 16, 00.

Humboldtverein

für Volksbildung.

1. Sonntag, den 16. März, Nachm.

5 Uhr, Musikaal d. Universität:

Vortrag des Gymnasiallehrers

Herrn Dr. W. Wetekamp: „Neure

Schulreformen im Auslande und

ihre Bedeutung für uns.“

2. Mittwoch, den 19. März, Abends

8 Uhr, Auditorium maximum:

IV. Vortrag des Cyclos,

gehalten von Herrn Dr. phil.

Hermann Kunisch: „Die verstei-

nerungsführenden Erdschichten.“

3. Donnerstag, den 20. März, Abds.

8 Uhr, im Saale des Rösler'schen

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluss verschied heut nach kurzem Leiden sanft und gottergeben unser innig geliebter Gatte, Vater, Schwiegervater, Gross- und Urgrossvater, Bruder, Onkel und Schwager,

der Particulier

Herr Samuel Cohn,

im ehrenvollen Alter von 84 Jahren.

Dies zeigen, um stille Theilnahme bittend, an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kempen, Breslau, Posen, London, Santiago,
den 14. März 1890.

Die Beerdigung findet in Breslau Sonntag, den 16., um 4 Uhr Nachmittags vom Märkischen Bahnhof aus statt. [4000]

Gestern Nachmittag verschied nach kurzem, schweren Leiden der Gründer und frühere Inhaber unserer Firma,

Herr Samuel Cohn,

im ehrenvollen Alter von 84 Jahren.

Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen Mann, dessen wohlwollende Gesinnung und vorzügliche Charaktereigenschaften uns stets ein Vorbild sein werden.

Sein Andenken wird treu in uns fortleben.

Breslau, den 15. März 1890. [4002]

Das Personal
der Firma Samuel Cohn & Co.

Donnerstag Mittag verschied nach schwerem Leiden mein innig geliebter Gatte, unser theurer Vater, Bruder und Schwager. Herr Kaufmann

Josef Kamm,

im Alter von 47 Jahren, was wir hierdurch allen theilnehmenden Freunden und Bekannten tief betrübt anzeigen.

Lublinitz, den 15. März 1890.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen den Lieben von nah und fern, welche mir aus Anlass meines 70. Geburtstages eine Fülle von Aufmerksamkeiten erwiesen haben, stelle ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank ab.

verw. Helene Bandmann,
geb. Samter.
Breslau, 12. März 1890.

Todes-Anzeige.

Hier in Dresden, wo er Heilung von seinen Leiden suchte, entzog uns plötzlich der unerbittliche Tod unseren innigst geliebten theuren Bruder, Schwager, Onkel und Neffen

William Wollheim

aus Berlin

nach kaum vollendetem 50. Lebensjahre, was wir Verwandten, Freunden und Bekannten, um stilles Beileid bittend, hiermit anzeigen. [3416]

Wer den theuren Verblichenen gekannt, wird unseren grossen Schmerz ermessen können.

Breslau, Berlin, Kiel, New-York, Chemnitz und Dresden,
den 14. März 1890.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Beerdigung: Montag, den 17. März cr., Nachm. 4 Uhr, in Dresden vom Trauerhause Mathildenstrasse Nr. 6.

Gestern Abend 7 $\frac{1}{4}$ Uhr verschied sanft nach längeren, schweren Leiden meine innig geliebte Tochter, unsere herzensgute treue Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Cousine

Paula Krakauer

im 31. Lebensjahr. [3993]

Um stilles Beileid bittend, zeigt dies an

Adolf Krakauer

als Bruder.

Breslau, 14. März 1890.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 16. März, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des israelitischen Friedhofes aus statt.

Heute verschied hochbejaht nach kurzem Leiden unser herzensguter, innig geliebter Vater, Schwiegervater und Grossvater, der [3417]

Particulier H. Bottenbreiter

zu Schrau Ob.-Scht.

Um stille Theilnahme bitten tiefbetrübt

Amalie Glaser, geb. Bottenbreiter, als Tochter, Rechtsanwalt Paul Glaser, als Schwiegersohn,

Charlotte Glaser, { als Enkel

Alice Glaser, Neumarkt i. Schl., 14. März 1890.

Collar-Coat,

vornehmster engl.

Frühjahrs-Mantel

mit anzubnd. Kragen.

Preis: [3200]

a M. 39,00, K.: M. 45,00.

Anfertig, genau nach Maß.

Eduard Littauer,

Ring 27,
Herren-Ausstattg.-Magazin.

Sehr günstige Gelegenheit!
Zum Wohnungswchsel

Großer

Frühjahrs-Ausverkauf!

Vorjährige

Teppiche

in allen Genres, abgepasst und in Rollen zum Zimmerbelag, neueste Farbenstellungen, Sophiateppiche von 5 $\frac{1}{2}$ Mk. an,

Läuferstoffe

per Meter von 40 Pf. an,

Tischdecken,

Wachstuchlaeufer etc.

in reichhaltigster Auswahl zu enorm billigen Preisen.

Korte & Co.,

[2959] unverändert nur

Ring 45, 1. Etage.

Bestes

[2810] Neisser Confect

der renommierten Fabrik Franz Springer in Neisse ist stets frisch vorrätig bei

Theod. Buchali,

Zwingerplatz 1.

Gardinen,

Stores, Deckchen, Spiken etc. in weiß und Crème werden gemaschen und appretiert b. Kronegold, Gräbschnerstr. 22 II. [3480]

Moritz Sachs, Königlicher Hoflieferant, Breslau, Ring 32,

empfiehlt zu

Ausstattungen

seine reichhaltigste Auswahl von

seidenen, wollenen und anderen Kleiderstoffen, fertigen Braut- u. Gesellschaftsroben, Costumes u. Confections, Leinwand, Tischzungen, Wäsche und Weißwaren, Möbel-, Gardinen- und Portieren-Stoffen, Teppichen und allen Möblierungsartikeln. [2972]

Weisser Atlas

zu Brautkleidern

a Meter von 3,60 M. netto an.

Preise zeitgemäß niedrig.

Schwarz.

Satin-Merveilleux,

a Meter von 2,40 M. netto an.

Robey & Co.

Breslau

offeriren zu Kauf u. Miethre

Locomobilen

Centrifugal-Pumpen

Transport-Stahlbahnen

W. Müller's

prämiert 1881.

Erste Special-Gardinens-Waschanstalt

Klosterstraße Nr. 29,

empfiehlt sich für alle Arten [2767]

weiße und Crème-Gardinen

in den modernsten Nuancen, sowie auch

Chemische Wäscherei

für jede Gattung bunter Gardinen.

Zum bevorstehenden Umzuge, sowie den kommenden Feiertagen wird ersucht, ge häufte Aufträge möglichst bald einzuzenden.

Für den Jahrmarkt!

Das Concordslager von Jacob, bestehend aus kurz-, Galanterie-, Porfamente-, Eisen- u. Stahlwaren, sowie viele Wirtschafts-Gegenstände werden zu den billigsten Tarepreisen ausverkauft.

Für Händler besondere Vortheile. [3969]

Reuschstraße 2.

Fertige Flaggen und Banner.

Schwarz-weiss, — schwarz-weiss-roth

auf beiden Seiten mit Adler.

Deutsche Handelsflagge. — Deutsche Postflagge.

Consulats-Flaggen. — Preuss. Flagge für Behörden.

Flaggen aller Länder. — Schloss-Flaggen.

Flaggen für Bootsfahrzeuge.

Alles in windklarem Marine-Flaggentuch,

daher sehr dauerhaft.

Baumwoll. Fahnen u. Fahnenstoffe.

Fahnenspitzen, Schnuren u. Quasten.

Grosses Lager. — Billige Preise. [3381]

Julius Henel vorm. C. Fuchs,

k. und k. Hoflieferant.

Breslau, am Rathhouse 26.

Berliner Werkzeugmaschinenfabrik, Act.-Ges.,

vorm. L. Sontker, BERLIN N. Müllerstrasse 35,

Gründungsjahr 1850 —

empfiehlt sich zur

Einrichtung

compl. Werkstätten,

sowie zur Lieferung

einzelner Werkzeugmaschinen

für Metall-, Holz- und Steinbearbeitung,

Specialmaschinen für

Massenfabrikation

aller Art, deutscher, englischer u. amerikanischer Construction.

General-Vertreter für Schlesien:

B. Schnackenburg,

Civil-Ingen. u. Patentanwalt,

Breslau, Sandstrasse 13. [3952]

Königl. Oberrealschule zu Gleiwitz,

9klassige Anstalt von Sexta bis Prima, verbunden mit Fachklassen für Mechaniker und Hüttenleute. [3392]

Anmeldungen für den neuen Jahres-Cursus, der am 14. April beginnt, nimmt Director Wernicke vorher jederzeit entgegen.

Das Kuratorium.

Kreidel, Oberbürgermeister.

Rath. h. Löchterschule,

Schweidnitzer Stadtgraben 17, Gartenhaus, 1. Etage.

Nähere Auskunft und Empfehlung werden die Güte haben zu erhalten;

Die hochwürdigen Herren Pfarrer von St. Dorothea, von St. Nicolai und von St. Matthias, sowie die Vorsteherin Tel. Th. Holtzhausen, Kaiserin Augustaplatz 5. — Sprechstunde während des Winterhalbjahres von 12—1. — Das neue Schuljahr beginnt am 14. April. [2040]

Die Vorsteherin Laura Juckenack.

Vorbereitung

für höh. Lehramtsstellen, sowie Sprachunterricht (auch i. Hebr.) u. Nachhilfe

in fämmli. Schuldisipl. — Anmelde. nimmt entgegen von 10—11 u. 2—3

Julius Neustadt, behördl. conc. Sprachlehrer, Neue Graupenstr. 11, I.

Studium der Landwirtschaft an der Universität Leipzig.

Das Sommer-Semester beginnt den 19. April, der Anfang der Vorlesungen ist auf den 21. April festgesetzt. Studienpläne sind zu beziehen durch den Director des landw. Instituts der Universität Leipzig. [1240]

Prof. Dr. Kirchner.

Schlossfreiheit-Lotterie zu Berlin.

Ziehungen:	Gewinne	Tausende von Mark
I. Klasse am 17. März	995	5,400
II. " " 14. April	379	1,800
III. " " 12. Mai	379	1,800
IV. " " 9. Juni	733	4,000
V. " " 7. Juli	7514	14,400

10,000 Gewinne = 27 Millionen 400,000 Mark.

Ich empfehle und versende Original-Loose zu vorstehenden Planpreisen gegen vorherige Einsendung des Betrages auf Postanweisung, außerdem jedoch auch vollbezahlt (für alle 5 Klassen gültig) [2855]

Antheil-Voll-Loose	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{16}$	$\frac{1}{32}$
zu M. 100.—	50.—	25.—	12.50	6.25	
	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{16}$	$\frac{1}{32}$	

Antheil-Loose I. Kl.	zu M. 10.60	5.30	2.70	1.35

B. Klement, Breslau, Schmiedebrücke 48.

Für Porto sind 10 Pf. (Einschreiben 30 Pf.), für jede Liste 20 Pf. der Bestellung beizufügen.

Concurs. Der fr. Cultusverein Gablonz in Böhmen schreibt hiermit den Concurs zur Besetzung eines Religionslehrers aus. [1003]

Bewerber müssen pädagogisch gebildet, zumindest die Lehrbefähigung für allgemeine Volksschulen in Österreich oder Deutschland erworben haben und zur Erteilung des Religionsunterrichts sehr gut befähigt sein. Gefordert wird ferner musikalische Schulung, nebst der Eignung, einen geregelten Gottesdienst zu leiten und aus der Bibel vorgelesen.

Bevorzugt unter sonst gleichen Umständen werden Bewerber, die eine Erbauungsrede zu halten im Stande sind.

Gebaut H. 1200 nebst dem Anspruch auf Quinquenzulagen unter den für Lehrer an allgemeinen Volkss- und Bürgerschulen geltenden Bedingungen und in demselben Ausmaße. Gesuche sind an den gefertigten Vorstand längstens bis Ende April I. J. zu richten.

Reiseprofessen behuts Probevortrages werden nur dem Acceptrirten vergütet.

Der Cultus-Vorsteher.
Daniel Mondl.

Die Herstellung der, unter Aufsicht des hiesigen Rabbinats, zubereiteten Mazzoth ist nur Herrn Louis Horn übertragen worden. Die Verkaufsstelle befindet sich Roßmarkt Nr. 5. Breslau, den 12. März 1890. [3413]

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

ין כשר על פסח.

Zu dem bevorstehenden Pessachfest empfehle ich mein gut assortiertes Lager von [3893]

Ungar-, Noth- und Rheinweinen zu ganz soliden Preisen. Breslau, im März 1890.

Meyer Rosenthal, Graupenstraße 10.

בְּהַכְשֵׁר בְּרִצְתָּא דְפָה.

Die geehrten Mitglieder hiesiger Synagogen-Gemeinde werden höflichst ersucht, Bestellungen auf Mazzoth, welche unter Aufsicht des Chrm. Rabbinats in der Bäckerei Werderstraße 5a zubereitet werden, recht bald an den Synagogenbeamten L. Horn gelangen zu lassen. [3989]

Mit Genehmigung des ehrenwürdigen Rabbinats

בְּהַכְשֵׁר בְּרִצְתָּא דְפָה

Zum bevorstehenden Osterfeste liefern wie alljährlich rituell

Milch und Butter

in bekannter Güte.

Rechtzeitige Bestellungen werden entgegen genommen: Carlsplatz 3 (Polonenhof) bis 10 Uhr Vorm., woselbst auch der Verkauf zur Zeit stattfindet.

Ferner an jeder Tageszeit: Sonnenstraße 28, Gartenhaus, höchstw. und werden Aufträge auch per Stadtpost erbeten. [3970]

D. Rosenfeld.

Wir haben in Gemeinschaft mit der Stadt. Packhofs-Verwaltung einen einheitlichen Gebühren-Tarif für Benutzung unserer Packhof-Anlagen — bezüglich Krah-, Ufer- und Lagergeld — festgesetzt. Derselbe tritt von heute an in Kraft und liegt in unseren Geschäftslocalen zur Einsicht resp. Empfangnahme bereit. [3987]

Breslau, 15. März 1890.

Schlesische (Böllwerk-Anlagen
Dampfer-Compagnie (Langegasse,
vorm. Chr. Priesert: (Carohof,
Margarethen-Packhof.

G. H. von Ruffer: Lorenzhof.

Breslauer Baubank.

18. ordentliche General-Versammlung.

Wir benachrichtigen hierdurch die Actionäre der Breslauer Baubank, daß gemäß § 27 des Statuts der Gesellschaft die diesjährige ordentliche General-Versammlung

Freitag, den 11. April, Nachmittag 4 Uhr, im Geschäftssalz der Breslauer Discontobank, hier, Junkernstraße 2, stattfindet. [1239]

Die Tagesordnung bildet:

1) Die Erstattung des Geschäftsberichts. 2) Die Genehmigung des Rechnungs-Abschlusses pro 1889, die Erteilung der Deckung gemäß § 34 des Statuts, die Beschlussfassung über Vertheilung des Reingewinnes. 3) Wahl von 3 Mitgliedern des Aufsichtsrathes, gemäß § 17 des Statuts. Zur Theilnahme an der General-Versammlung sind nur solche Actionäre berechtigt, welche spätestens am 4. April. c. ihre Actionen bei der Kasse der Gesellschaft oder der Breslauer Discontobank, hier, hinterlegt haben. Breslau, den 11. März 1890.

Der Aufsichtsrath der Breslauer Baubank.
Hugo Heimann.

Deutsche Grundschuld-Bank. Die für das Jahr 1889 mit $6\frac{1}{2}$ Prozent festgesetzte Dividende wird gegen Einlieferung des Dividendenscheins Nr. 4 mit

M. 65. — pro Actie

von heute ab an unserer Kasse, sowie bei allen Pfandbriefs-Verkaufsstellen ausgezahlt. Berlin, den 13. März 1890. [3386]

Die Direction.
Sanden. Schmidt.

Gewinne		Tausende von Mark		Loospreise für					
1/2 Loos	Mark	52.—		1/2 Loos	26.—	1/4 Loos	13.—	1/3 Loos	6,50
1/4 Loos		20.—		1/4 Loos	10.—	1/4 Loos	5.—	1/4 Loos	2,50
1/8 Loos		20.—		1/2 Loos	10.—	1/4 Loos	5.—	1/4 Loos	2,50
1/16 Loos		36.—		1/2 Loos	18.—	1/4 Loos	9.—	1/4 Loos	4,50
1/32 Loos		72.—		1/2 Loos	36.—	1/4 Loos	18.—	1/4 Loos	9.—

10,000 Gewinne = 27 Millionen 400,000 Mark.

Ich empfehle und versende Original-Loose zu vorstehenden Planpreisen gegen vorherige Einsendung des Betrages auf Postanweisung, außerdem jedoch auch vollbezahlt (für alle 5 Klassen gültig) [2855]

Antheil-Voll-Loose	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{16}$	$\frac{1}{32}$
zu M. 100.—	50.—	25.—	12.50	6.25	
	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{16}$	$\frac{1}{32}$	

Antheil-Loose I. Kl.	zu M. 10.60	5.30	2.70	1.35

Für Porto sind 10 Pf. (Einschreiben 30 Pf.), für jede Liste 20 Pf. der Bestellung beizufügen.

Deutsche Grundschuld-Bank in Berlin.

Bilanz per 31. December 1889.

Activa.	Passiva.				
Cassenbestand	M.	1 085 165	82		
Eigene Effecten	z	857 963	35		
Wechselbestand	z	65 389	42		
Guthaben bei Bankfirmen	z	1 977 297	80		
Anlage im Hypotheken- und Grundschuld-Geschäft	z	35 990 075	03		
Vorräthige und gestempelte Pfandbrief-Formulare	z	42 265	19		
Mobilien-Conto	z	13 739	72		
	M.	40 031 896	33		
	M.	40 031 896	33		

Debet.	Credit.				
Geschäfts-Umkosten	M.	98 963	59		
Communal- und Gewerbesteuer	z	5 694	80		
Courtage	z	6 786	93		
Insertionskosten	z	4 856	47		
Pfandbrief-Stempel und Anfertigungskosten	z	34 732	38		
Abschreibungen auf Mobilien	z	1 526	63		
Reingewinn	z	232 215	48		
	M.	384 776	28		
	M.	384 776	28		

Gewinn- und Verlust-Conto.

gez.: Sanden. Schmidt.

gez.: Dehncke,
Geheimer Regierungsrath a. D.

Die vorstehende Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto stimmen mit den Büchern der Bank überein.

Strafvollstreckungs-Ersuchen.
Der Drähtenhüter Mathias Urban aus Bubinsko, zur Zeit unbefannten Aufenthalts, ist durch rechtmäßiges Urteil des Königlichen Schöffengerichts Bützsch von 14. Februar 1890 wegen Übertretung der Gewerbeordnung zu einer Geldstrafe von 96 Mark, im Unvermögensfalle zu 16 Tagen Haft verurteilt.

Es wird ersucht, den p. Urban zu verhaften und an die nächste Gerichtsbehörde befußt Vollstreckung der Strafe abzufertigen, falls er nicht die Geldstrafe sofort zahlt oder die Zahlung derselben nachweist. Gleichzeitig wird um Mittheilung der Strafvollstreckung zu den Acten E. 35/89 gebeten. [3398]
Bützsch, den 8. März 1890.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
In unserem Gesellschafts-Register ist bei Nr. 31, betreffend die Firma Oppeler Portland-Cement-Fabriken

vorm. F. W. Grundmann
in Spalte 4 heut Folgendes eingetragen worden:

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 22. Februar 1890 ist nach Abgabe des Protokolls von demselben Tage, welches sich Blatt 4 ff. des Beilagebandes E. I. 15 zum Gesellschafts-Register, betreffend die Firma 31, befindet, der Absatz 3 des § 11 und der § 14 des Statuts abgeändert worden. Demgemäß lautet nunmehr § 11 Abs. 3:

"Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Über die Art der Zusammensetzung des Vorstandes und die Zahl der Vorstandsmitglieder entscheidet der Aufsichtsrath."

§ 14. Der Vorstand bleibt mit verbindlicher Kraft für die Gesellschaft seine Willenserklärung fund und zeichnet für die Gesellschaft dergestalt, daß der Firma der Gesellschaft beigelegt wird die Unterschrift:

I. wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht,
a. zweier Vorstandsmitglieder,
b. eines Vorstandsmitgliedes unter Beziehung eines vom Aufsichtsrath gewählten Procuristen oder eines vom Aufsichtsrath gerichtlich oder notariell bestellten Bevollmächtigten,

c. eines vom Aufsichtsrath gerichtlich oder notariell bestellten Bevollmächtigten und eines vom Aufsichtsrath gewählten Procuristen;

II. wenn der Vorstand aus einer Person besteht,
a. der zum Vorstand gewählten Person,
b. eines vom Aufsichtsrath gerichtlich oder notariell bestellten Bevollmächtigten und eines vom Aufsichtsrath gewählten Procuristen,

c. einer vom Aufsichtsrath gewählten Procuristen. [3397]
Oppeln, den 10. März 1890.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
Im hiesigen Firmen-Register ist

1) unter Nr. 170 die Firma Vincent Tyczka

und als deren Inhaber der Kaufmann Vincent Tyczka zu Koslowagora,

2) unter Nr. 171 die Firma

Adolf Singer

und als deren Inhaber der Kaufmann Adolf Singer zu Rudy-Piekar,

3) unter Nr. 172 die Firma

Simon Lustig

und als deren Inhaber der Kaufmann Simon Lustig zu Radzionkau,

4) unter Nr. 173 die Firma

M. Loewenstein

und als deren Inhaber der Kaufmann Moritz Loewenstein zu Trockenberg,

5) unter Nr. 174 die Firma

J. Murgoth

und als deren Inhaber der Fleischmeister Julius Murgoth zu Alt-Checklau,

heute eingetragen worden. [3396]

Tarnowitz, den 10. März 1890.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Gesellschafts-Register ist heut die durch das Auscheiden der Witgesellschafterin Bertha Grossmann erfolgte Auflösung der unter Nr. 49 eingetragenen offenen Handelsgesellschaft

H. Grossmann Wittwe

zu Frankenstein, und im Firmen-

Register unter Nr. 324 die Firma

H. Grossmann Wittwe,

als deren Inhaber der Kaufmann Max Grossmann in Frankenstein,

und als Ort der Niederlassung Frankenstein eingetragen worden.

Frankenstein, den 7. März 1890.
Königliches Amts-Gericht.

M. Korn, Rennestr. 53, I.

Villigste Bezugsquelle für alle Arten Waaren u. Fabrik-Reste.

100 Ctr. Polster-Werg

hat zu verkaufen [3397]

L. Vertun sen., Namslau.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Hirschberg Band XVI Blatt Nr. 811 auf den Namen des Ackerbürgers August Beer zu Hirschberg eingetragene, zu Hirschberg an der Greifenseerstraße belegene Grundstück am 12. Mai 1890,

Bormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Wilhelmstr. Nr. 28, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 816 Mf. Nutzwerteworth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abzähungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird [3395]

am 12. Mai 1890,

Bormittags 11½ Uhr, an Gerichtsstelle verlesen werden. Hirschberg, den 12. März 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserm Gesellschafts-Register ist bei Nr. 31, betreffend die Firma Oppeler Portland-Cement-

Fabriken

für ein heut Folgendes eingetragen worden:

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 22. Februar 1890 ist nach Abgabe des Protokolls von

demselben Tage, welches sich Blatt 4 ff.

des Beilagebandes E. I. 15 zum Gesellschafts-

Register, betreffend die Firma 31, befindet, der Absatz 3 des

§ 11 und der § 14 des Statuts ab-

geändert worden. Demgemäß lautet

nummehr § 11 Abs. 3:

"Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Über die Art der Zusammensetzung des Vorstandes und die Zahl der Vorstandsmitglieder entscheidet der Aufsichtsrath."

§ 14. Der Vorstand bleibt mit

verbindlicher Kraft für die Gesellschaft

seine Willenserklärung fund und

zeichnet für die Gesellschaft dergestalt,

daß der Firma der Gesellschaft bei-

gelegt wird die Unterschrift:

I. wenn der Vorstand aus mehreren

Personen besteht,

a. zweier Vorstandsmitglieder,

b. eines Vorstandsmitgliedes unter

Beziehung eines vom Aufsichtsrath

gewählten Procuristen oder

eines vom Aufsichtsrath gerichtlich

oder notariell bestellten Bevollmächtigten,

c. eines vom Aufsichtsrath gerichtlich oder notariell bestellten Bevollmächtigten und eines vom Aufsichtsrath gewählten Procuristen;

II. wenn der Vorstand aus einer

Person besteht,

a. der zum Vorstand gewählten Person,

b. eines vom Aufsichtsrath gerichtlich oder notariell bestellten Bevollmächtigten und eines vom Aufsichtsrath gewählten Procuristen,

c. einer vom Aufsichtsrath gewählten Procuristen. [3397]

Oppeln, den 10. März 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Firmen-Register ist

1) unter Nr. 170 die Firma

Vincent Tyczka

und als deren Inhaber der Kaufmann Vincent Tyczka zu Koslowagora,

2) unter Nr. 171 die Firma

Adolf Singer

und als deren Inhaber der Kaufmann Adolf Singer zu Rudy-Piekar,

3) unter Nr. 172 die Firma

Simon Lustig

und als deren Inhaber der Kaufmann Simon Lustig zu Radzionkau,

4) unter Nr. 173 die Firma

M. Loewenstein

und als deren Inhaber der Kaufmann Moritz Loewenstein zu Trockenberg,

5) unter Nr. 174 die Firma

J. Murgoth

und als deren Inhaber der Fleischmeister Julius Murgoth zu Alt-Checklau,

heute eingetragen worden. [3396]

Tarnowitz, den 10. März 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Gesellschafts-Register ist

1) unter Nr. 324 die Firma

H. Grossmann Wittwe

zu Frankenstein, und im Firmen-

Register unter Nr. 324 die Firma

H. Grossmann Wittwe,

als deren Inhaber der Kaufmann Max Grossmann in Frankenstein,

und als Ort der Niederlassung Frankenstein eingetragen worden.

Frankenstein, den 7. März 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Sichere Eristenz.

Ein Colonialwaren-Geschäft

mit Destillations-Ausstattung, welches

über 30 Jahre besteht und

großen Erfolg aufzuweisen hat, ist

wegen vorgerücktem Alters des Be-

sitzers zu verkaufen resp. zu ver-

parchen. Dasselbe befindet sich in

einer Provinzialstadt Posen auf der

belebtesten Straße. Die Stadt hat

über 15000 Einwohner, Garnison,

höhere Lehranstalten u. s. w. Unge-

fähr 12000 Mark baues Gelb ge-

hören zur Übernahme.

Gest. Offerten unter H. K. 50

posttag. Rawitsch. [3422]

L. Vertun sen., Namslau.

Apfelsinen,
feinste, aromatische Gartenfrüchte zu **küller** billigen Preisen offerirt
S. Sternberg,
Reuschestr. 63.
Telephon 553. [3992]

Echte westfälische

Schinzen,

a. Pfd. 95 Pf. verl. unt. Nachnahme

Altena i. W. März 90. Aug. Klincke.

Dr. Spranger'sche Heil-

salbe heilt gründlich veralte

Wunden, bös. Finger ic. in kürzester Zeit.

Benimmt Hitze und Schmerzen.

Beruhigt wildes Fleisch. Sieht

jedes Geschwür, ohne zu schneiden,

gelingt und sicher auf. Bei Hirschen,

Hirschkopf, Drücken, Kreuzhuhn,

Duetzsch, Reihen, Gicht tritt so-

fort Linderung ein. Zu haben i. d.

Apothen à Schachtel 50 Pf. [1497]

zu kaufen gesucht

elec. eventl. gebr. Mahag.-Möbel,

Sophia m. Haupt, Einzelgetr.,

Stühle, Waecht. m. Marmorpl.

Vertstellbare Matz. Off. m.